

ISRAEL UND PALÄSTINA ZWISCHEN KONFRONTATION UND KOOPERATION

Dokumentation zur Tagung am 24./25. Juni 1989 in West-Berlin

Leitung: Alisa Fuss (Internationale Liga für Menschenrechte)

INHALT

Vorwort

ReferentInnen

Alisa Fuss: Einleitung

Rachel Freudenthal: Gedanken über die israelische Protestbewegung

Gideon Spiro: Yesh Gvul, Widerstand und Verweigerung

Gideon Freudenthal: Eskalation des Konflikts durch die Siedlerbewegung?

Mitri Raheb: Angst und Hoffnung eines Palästinensers vor der Zukunft der zwei Staaten

Nissim Calderon: Auswirkungen des Konflikts auf die isr. und pal. Literatur – Aktivitäten von Künstlern

Emile Habibi: Pessoptimistische Aussichten

Feisal Hussein: Zähes Ringen um Verhandlungen

Uri Smerling und Salach Abu Riash: Sadaka-Re'ut, jüdisch-arabische Jugendbewegung für Koexistenz

Zahira Kamal: Internationale Nahost-Konferenz, palästinensische Vorstellungen von einer Friedenslösung

Dr. Azmy Bishara: Die Intifada als politischer Prozeß

Aufruf zur Vernetzung und Resolution

Palästina-Bulletin Nr. 26/1989

Zitty-Interview mit *Azmy Bishara*

Vorwort

Das Bildungswerk für Demokratie und Umweltschutz e.v. hat mit der Tagung „Israel und Palästina zwischen Konfrontation und Kooperation“ vom 24./25. Juni 1989 versucht, aktuelle und authentische Informationen aus Israel/Palästina, politische Analysen und Perspektivdiskussionen zu verbinden. Wir glauben, daß dies mit der Tagung gelungen ist. Die einzelnen Referate sind in dieser Dokumentation wiedergegeben. Das Ergebnis der Diskussion ist in der von den ReferentInnen und TeilnehmerInnen gemeinsam verabschiedeten Resolution und dem Aufruf zur Vernetzung zusammengefaßt. Im übrigen teilen wir weitgehend die kritischen Anmerkungen des Palästina-Bulletins zur Tagung. Darüber hinaus sind wir der Ansicht, daß auch auf dieser Tagung – wie wohl auch auf vielen anderen Tagungen zu diesem Thema – die Frage der praktischen Solidarität zu sehr im Hintergrund geblieben ist.

Die Herausgeber: Alisa Fuss, Kirsten Maas, Brigitta Stieber, Helmut Adamaschek

ReferentInnen

Alisa Fuss	Internationale Liga für Menschenrechte Berlin
Rachel Freudenthal	Historikerin, Mitherausgeberin des Sammelbandes „Juden in Berlin“, Aktivistin der Gruppe „Das 21. Jahr“, Mitglied des „Beita-Komitees“.
Gideon Spiro	Journalist, hauptsächlich für die israelische Tageszeitung „Al Ha'Mishmar“, Mitbegründer der Gruppe Yesh Gvul (Es gibt eine Grenze), Mitglied des „Komitees gegen die eiserne Faust“, mehrere Kriegsdienstverweigerungen und Verhaftungen, zuletzt im Erziehungsministerium tätig, von dem er 1986 aufgrund seines Engagements entlassen wurde.
Dr. Gideon Freudenthal	Dozent für Wissenschaftstheorie in Tel Aviv, Mitbegründer des Beita-Komitees.
Dr. Mitri Raheb	Pastor der evangelisch-lutherischen Weihnachtskirche in Bethlehem. Engagement für die Entwicklung einer palästinensischen Theologie, Dozent für Kirchengeschichte am „Bethlehem Bible College“
Dr. Nissim Calderon	Dozent der Literaturwissenschaft an der Universität Tel Aviv, Mitglied der Gruppe „Das 21. Jahr“, Literaturkritiker.
Emile Habibi	Chefredakteur der arabischen Zeitung „Al Ittihad“ in Haifa, lange Zeit Knessetabgeordneter für die Kommunistische Partei, Schriftsteller und Übersetzer hebräischer Literatur ins Arabische
Feisal Hussein	Gründer des arabischen Forschungszentrums in Ost-Jerusalem, das im Juli 1987 durch die israelischen Militärbehörden geschlossen wurde, in den letzten zwei Jahren insgesamt 18 Monate in Administrativhaft, gilt als eine der PLO nahestehenden Persönlichkeiten in den besetzten Gebieten.
Uri Smerling	
Salach Abu Riash	Mitglieder der unabhängigen jüdisch-arabischen Jugendbewegung „Sadaka – Re'ut“.
Zahira Kamal	Dozentin am Pädagogischen Institut, Vorsitzende der palästinensischen Föderation der Frauen-Arbeitskomitees.
Dr. Azmy Bishara	Prof. für Philosophie und Kulturwissenschaft an der Bir-Zeit-Universität, engagiert in Friedens- und Protestaktionen

Einleitung von Alisa Fuss

Man kann die Menschen eines Volkes ins Exil treiben, doch nicht den Geist, die Hoffnung, die Sehnsucht.

Yossi Sarid machte sich im „New Outlook“ vom Mai 1989 etwa folgende Gedanken:

Ich muß mit den Kindern beginnen. Die Fragen toter Kinder sind oft schwieriger zu beantworten als die der lebenden. Ich weiß nicht, wer sie beantworten wird, ich weiß aber, wer sie zu beantworten hätte. Ein totes Kind fragt: Wenn sie auf meine Füße gezielt haben, wie konnten sie mir ein Loch in den Kopf schießen?! Ein zweites: Wenn ich wirklich so gefährlich bin und sie frontal angegriffen habe, warum bin ich mit einer Kugel im Rücken gestorben?! Ein drittes: Ich bin erst neun Jahre alt. Warum wurde bekanntgegeben, ein Jugendlicher sei getötet worden? Vielleicht bin ich es gar nicht?! Ein viertes: Wenn sie in die Luft geschossen haben – und ich bin ziemlich klein –, wie konnte ich getroffen werden?! Ein fünftes: Wenn eine Plastikugel nicht tötet und auch kein Gummigeschoß, warum weint meine Mutter, ich sei getötet worden?! Wenn eure Armee ständig alle Todesfälle untersucht, wie kommt es, daß ich nichts über meinen eigenen Tod erfahre?! – Die meisten Kinder sterben durch Gewehrkugeln, manche durch Tränengas. Wir können diese Meldungen nicht einfach konsumieren und dann zur Tagesordnung übergehen!

Dorit Gefen fragte in „Al Ha'Mishmar“ vom 19.4.1989 zu Pessach, dem jüdischen Osterfest:

Wir, nicht Gott, haben die Palästinenser schon mit mehr als zehn Plagen geschlagen – und sie leben immer noch. Wir haben Ausgangssperren über ihre Dörfer verhängt – und sie leben immer noch. Wir haben „verbesserte“ Gummi- und Plastikgeschosse auf sie gefeuert – und sie leben immer noch. Wir haben ihre Häuser zerstört – und sie leben immer noch. Wir haben mit scharfer Munition geschossen und Frauen und Kinder getötet – und sie leben immer noch. Wir haben einige ihrer Führer ausgewiesen – und sie leben immer noch. Wir haben sie geschlagen und ihnen die Knochen gebrochen – und sie leben immer noch. Wir haben ihre Schulen und Universitäten geschlossen – und sie leben immer noch.

Wieviel muß noch geschehen, bis wir aufwachen und begreifen, daß der Volksaufstand dem palästinensischen Volk schließlich die Unabhängigkeit bringen wird – trotz alledem?!

Wir haben diese Tagung absichtlich nicht „Dialog“ genannt, denn zu einem Dialog sind zwei gleichberechtigte und gleich wichtige Partner notwendig. Zur Zeit gibt es einen sog. Dialog zwischen den USA und der PLO, doch bis jetzt ist er wenig substantiell. Es sieht eher so aus, als wollten die USA den Dialog dazu nutzen, den Palästinensern mehr Druck zu machen und ihr politisches Programm aus dem Konzept zu bringen. Die USA sind zwar an einem Friedensprozeß interessiert, doch dieser Prozeß soll sich so lange wie möglich hinziehen, angeblich um die internationale Nahost-Konferenz vorzubereiten, deren Einberufung die USA zugestimmt haben.

Statt dessen haben wir diese Tagung „Zwischen Konfrontation und Kooperation“ genannt. Denn die Konfrontation ist da: mit der israelischen Regierung, mit der Besatzungsbehörde, mit den Siedlern, mit den von Israel angeheuerten Kollaborateuren. Und auch Kooperation gibt es, wenn auch am Rand: mit der israelischen Friedens- und Protestbewegung. Und sie muß weitere Kreise ziehen! Die Intifada betreibt erfolgreich die Loslösung von der israelischen Besatzungsmacht. Der Einsatz von Steinen ist ein eher symbolischer Kampf. Entscheidender ist die Zusammenarbeit der geschundenen Bevölkerung beim Aufbau alternativer gesellschaftlicher Strukturen. Ausschlaggebend ist nicht, ob eine Befreiungsbewegung besonders militant und radikal ist, sondern daß sie breite Zu-

stimmung in der Bevölkerung gewinnt und politische Institutionen und Prozesse hervorbringt. Die Intifada ist nicht mehr nur ein Aufstand, sie ist ein Weg geworden, zu leben.

Der israelische Staat, der die Palästinenser brutal unterdrückt, braucht das Feindbild und hält daran fest, daß die Palästinenser den Staat Israel vernichten wollen. Die Maximalforderungen vor allem der islamischen Fundamentalisten, aber auch anderer, die den Staat Israel ablehnen, kommen den Intentionen der israelischen Regierung entgegen, Verhandlungen auf den St.Nimmerleinstag hinauszuschieben. Wegen der objektiven Asymmetrie der ganzen Situation liegt die Hauptverantwortung für die Lösung des Konflikts bei Israel. Doch auch die PLO muß eine Strategie entwickeln, die es den fortschrittlichen, friedliebenden Kräften in Israel ermöglicht, mehr politischen Einfluß zu gewinnen.

Aber nur mit dem Eintreten der israelischen Friedensbewegung für das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser, für gegenseitige Anerkennung und friedliche Koexistenz ist es nicht getan. Auch das Diaspora-Judentum und die Freunde Israels müssen begreifen, daß die Politik, die Israel heute betreibt, nur dazu führt, die Spirale von Gewalt und Gegengewalt, Mord und Rache auf beiden Seiten, immer weiter in Gang zu halten. Einige Gruppen in Kanada, Großbritannien, den USA und anderswo haben dies erkannt und sich unter der Losung „Jews for a just Israel“ zusammengeschlossen, die die israelische Politik der Gewalt, des Schießens und des Knochenbrechens scharf verurteilt haben. Nicht nur die Palästinenser müssen sich von der Okkupation befreien, sondern auch die Israelis.

Der Israel-Palästina-Konflikt wird nicht schon morgen durch eine internationale Friedenskonferenz gelöst werden, auf die dann übermorgen die Errichtung eines palästinensischen Staates folgt. In der derzeitigen Situation kommt es auf die Zwischenschritte an: es dürfen nur solche sein, die nicht im Widerspruch stehen zum Ziel eines unabhängigen palästinensischen Staates. Nebenbei scheint mir bemerkenswert, daß das Selbstvertrauen der PLO und von Arafat und die daraus resultierende Flexibilität wirklich verblüffend mit der Unsicherheit der israelischen Regierung und der daraus resultierenden Halsstarrigkeit korrespondiert.

Ich werde oft gefragt: Wie kommt es, daß du als Jüdin und Israelin dich für die Sache der Palästinenser einsetzt? Ich sehe die Frage anders. Ich stehe für Menschlichkeit, Solidarität und gegen Unterdrückung – also letztlich für mich selbst und meinesgleichen.

Heute mehr denn je ist es nötig, die israelische Oppositions- und Protestbewegung und die sich entwickelnden demokratischen Strukturen in der palästinensischen Gesellschaft mit allen – politischen und finanziellen – Mitteln zu unterstützen!

Gedanken über die israelische Protestbewegung von Rachel Freudenthal

Die israelische Protestbewegung, die eine sehr junge Bewegung ist, läßt sich sehr schwer beschreiben, zumal in der kurzen Zeit, die mir hier zur Verfügung steht. Ich werde mich deshalb auf einige Skizzen und Überlegungen beschränken.

Am Samstag vor ein paar Wochen ging Shalom Achshav, die größte unter den israelischen Protestgruppen, in die besetzten Gebiete, um, wie es hieß, mit den Palästinensern über Frieden zu sprechen. Später erzählte einer der Teilnehmer, der berühmte israelische Chansonnier Dan Almagor, ich zitiere: Es flog kein Stein durch die Luft, kein einziges Schimpfwort ist gefallen, kein Molotowcocktail wurde geworfen, kein einziger Reifen brannte auf der Straße. Die Soldaten sagten später,

schon lange haben wir nicht mehr so einen ruhigen Samstag mehr gehabt.

Etwa 2.000 Menschen kamen zu dieser sehr sorgfältig vorbereiteten Aktion. Man besuchte Dörfer und sprach mit den Einwohnern, reichte einander die Hand und beteuerte die gegenseitige Verbundenheit. Auf dem Rückweg sah eine der Teilnehmerinnen einen Soldaten, der ihr heftig winkte. Es war ihr Sohn. Sie stieg aus, um ihn zu umarmen. Später sagte sie, sie sei froh gewesen, daß ihre Gastgeber dies nicht mehr gesehen haben. Das Dilemma, in dem diese Frau sich sah, kam schon bei der Planung der gemeinsamen Aktion zum Ausdruck: Die Palästinenser wollten den Besuch als Solidaritätsbesuch bezeichnen. Shalom Achshav sprach von einer Friedensbegegnung. Man einigte sich darauf, es „taktisches Miteinanderreden“ zu nennen. Das ist nicht nur ein Unterschied in der Wortwahl, es zeigt vielmehr die zutiefst unterschiedlichen Erwartungen beider Seiten. Die Palästinenser wünschen Solidarität mit ihrem Kampf. Sie erwarten vom israelischen Friedenslager eine eindeutige Bejahung der Intifada, des palästinensischen Aufstands. Bei einem Treffen zwischen palästinensischen und israelischen Frauen in Brüssel sagte eine der palästinensischen Frauen, ich zitiere: Die Friedenskräfte in Israel sollten sich gegen die eigene Regierung stellen.

Die Mehrheit im Friedenslager ist gegen die Verweigerung des Militärdiensts in den besetzten Gebieten. Es ist an der Zeit, diese Einstellung zu überdenken. Mary (Amira) Hass aus Gaza sagte, es sei schön, daß die israelischen Frauen in Tel Aviv demonstrieren, aber sie erwarte von ihnen, daß sie bei und trotz Ausgangssperre nach Gaza kämen, um den Kindern dort Milch zu bringen. Shalom Achshav sagt: Unsere Solidarität gilt unserem eigenen Volk, samt seinen Grundwerten, Militär und Gesetzen. Solange es um die Auseinandersetzung zwischen zwei nationalen Einheiten geht, werden wir nicht hingehen, um uns mit den Palästinensern zu solidarisieren.

Viele Palästinenser erwarten also von den Friedenskräften in Israel, daß sie den Bruch mit der Regierung vollziehen und sich moralisch auf die Seite des palästinensischen Aufstands stellen. Das würde bedeuten, den israelischen Konsens aufzukündigen, nach dem die Einheit der jüdischen Nation der höchste Wert ist und unter allen Umständen gewahrt werden muß. Für Shalom Achshav ist das nicht nur unmöglich, sondern nicht einmal denkbar. In der Konsequenz bedeutet das, daß man ihrer Ansicht nach den Dienst in den besetzten Gebieten in keinem Fall verweigern darf.

Eine Woche nach der Aktion von Shalom Achshav fuhrn etwa 40 Personen von der Gruppe „Das 21. Januar“ – damit ist das 21. Jahr der Okkupation gemeint – nach Qalqilya in den besetzten Gebieten, um gegen die Politik der Kollektivstrafen zu protestieren. In Qalqilya sollte das Haus einer Familie gesprengt werden, deren Sohn beschuldigt wurde, an der Herstellung von Molotowcocktails beteiligt gewesen zu sein. Der Sprecher des „21. Jahr“ betonte, daß der 16jährige Junge noch nicht verurteilt worden ist und daß bei der ihm zur Last gelegten Tat kein Schaden entstanden war, in dem zur Sprengung vorgesehenen Haus hingegeben 12 Menschen leben. Die Familie hatte sich übrigens an den Obersten Gerichtshof in Israel gewandt, der die Entscheidung des Militärs jedoch bestätigt hat.

Dieser Aktion voraus ging die Entscheidung, neue Wege des Protests zu suchen. Die Mitglieder der Gruppe „Das 21. Jahr“ waren der Meinung, daß Demonstrationen und Erklärungen der Eskalation in den besetzten Gebieten nicht mehr adäquat sind. Sie kamen zu dem Schluß, es sei an der Zeit, zum Widerstand überzugehen, das heißt, sowohl beim „21. Jahr“ als auch bei anderen Gruppen, noch immer gewaltloser Widerstand. Vorbild sind etwa die Sit-ins von Gegnern der Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa und ähnlichen Bewegungen dort und in den USA.

An der Grenze zu der Stadt Qalqilya, die zugleich die Grenze zu den besetzten Gebieten ist, traf die

Gruppe auf das Militär, das dort schon auf sie wartete. Das Gebiet sei, wurde ihnen mitgeteilt, zum militärischen Sperrgebiet erklärt worden. 13 Teilnehmer kehrten um, unter ihnen Dedy Zucker, Mitglied der Bürgerrechtspartei RAZ. 27 Personen jedoch gelangten auf anderem Weg in die Stadt, wo sie wiederum auf Soldaten trafen, die sie aufforderten, die Stadt unverzüglich zu verlassen. Dieser Aufforderung kamen sie ohne Widerstand nach. Sie hatten die Stadtgrenze noch nicht ganz erreicht, als einer der Teilnehmer palästinensischen Kindern gegenüber das V-Zeichen machte. Daraufhin wurde die ganze Gruppe der 27 verhaftet. Der Richter entsprach der Forderung der Polizei, die Untersuchungshaft auf eine Woche zu verlängern. Es gab laute Proteste im Land. 17 Parlamentarier der Arbeitspartei und die Abgeordneten der Linken intervenierten, und die 27 wurden zwei Tage vor Ablauf der Frist aus der Haft entlassen. Die Anklage gegen sie lautet: Störung der Soldaten bei ihrer Pflichterfüllung, Unterstützung der Unruhe in den besetzten Gebieten, Eindringen in Sperrgebiet. Die Sprecher der Gruppe wiesen dagegen auf die Tatsache hin, daß Siedlerbanden ungehindert Menschen in den besetzten Gebieten töten und ihr Eigentum zerstören.

Eine Woche nach der Entlassung der 27 stand wieder eine Gruppe von hundert Menschen, vom „21. Jahr“ und ähnlichen Gruppen, diesmal in der israelischen Stadt Petach Tikwa, um, wie es hieß, durch gewaltlosen Widerstand, mit ihren Körpern zu verhindern, daß arbeitslose palästinensische Tagelöhner in Gehege eingesperrt würden. Der Bürgermeister der Stadt behauptete zwar, die Gehege dienen lediglich dem Schutz der Arbeitslosen. Doch „Das 21. Jahr“ erklärte, in Israel dürfe und werde es keine Gehege für Araber geben.

Man muß deutlich sagen, daß die Aktionen des „21. Jahrs“ nicht vorrangig auf eine Solidarisierung mit den Palästinensern zielen, sondern in erster Linie als Protest gegen die Enthumanisierung der israelischen Gesellschaft zu verstehen sind. Allerdings ist die Grenze zwischen Protest und Solidarisierung oft nicht sehr klar: Als vor einer Woche wieder hundert Personen dieser Gruppe vor der Sperre an der Grenze von Qalqilya stand, dankte ihnen die betroffene Familie für ihre „solidarische Haltung“.

Drei Mitglieder einer ganz kleinen Gruppe – Ha'nitzotz –, die sich auch als Teil der Protestbewegung versteht, sitzen schon seit Monaten in Haft. Sie werden beschuldigt, einer als klandestin geltenden Organisation, der PFLP (Volksfront für die Befreiung Palästinas) anzugehören. Die ausdrückliche Solidarisierung von Ha'nitzotz mit dem Kampf der Palästinenser hat sie in den Augen der israelischen Öffentlichkeit zu Feinden gemacht. Auch die Protestbewegung distanziert sich von den Wegen dieser Gruppe, doch sie unterstützt einige von ihren Forderungen.

Meines Erachtens bestimmt das Verhältnis zum „nationalen Konsens“ die Position und den Charakter der Aktionen der unterschiedlichen Gruppen innerhalb der israelischen Protestbewegung. Auf der einen Seite steht Shalom Achshav, die die Protestbewegung der zionistischen Linken ist. Eine Führerin von Shalom Achshav sagte kürzlich, Wehrdienstverweigerung sei Verrat. „Unser Pfand ist das Festhalten am Gesetz und der Gehorsam gegenüber dem Militär.“ Shalom Achshav sieht sich als integralen Bestandteil der israelischen Gesellschaft und distanziert sich nicht vom nationalen Konsens. Vielmehr führt sie nach ihrer eigenen Meinung einen konstruktiven Dialog mit denen, denen die Einheit der Nation obersten Prinzip ist.

Auf der anderen Seite steht eine Gruppe wie Yesh Gvul (Es gibt eine Grenze). Die Mitglieder dieser Gruppe verweigern den Militärdienst in den besetzten Gebieten. Sie wissen zwar, daß sie damit gegen die bestehenden Gesetze verstoßen, sind jedoch bereit, die Konsequenzen zu tragen: Sie nehmen Gefängnisstrafen auf sich, fordern sogar das Recht auf Wehrdienstverweigerung. Ihre

Haltung hat inzwischen die Frage nach der Rechtmäßigkeit militärischer Befehle aufgeworfen, die seitdem in der Öffentlichkeit diskutiert wird. Yesh Gvul wird von fast allen radikaleren Gruppen unterstützt, die den Dialog mit den Konsenskräften, den Shalom Achshav zu führen versucht, für nicht mehr möglich oder zumindest für sehr schwierig halten. Sie sehen ihre Aufgabe eher in der Vertiefung des Bruchs mit dem „nationalen Konsens“. Dieser Bruch soll nicht nur vollzogen, sondern offensiv vertreten werden. Dem Prinzip der nationalen Einheit stellen sie die Orientierung an den universell gültigen Menschenrechten entgegen.

Ich glaube, wenn ich das Ihnen erzähle, halten Sie es für selbstverständlich, denn für Sie ist die Existenz einer politischen Widerstandskultur heute eine Selbstverständlichkeit. Das ist in Israel anders. Für viele von uns war der Staat Israel die Erfüllung unserer Träume. Wir waren konform mit den Werten, die dieser Staat repräsentierte, und das nicht, weil wir konservativ gewesen wären, sondern weil wir an die Fortschrittlichkeit dieser Werte glaubten. Selbst die langen Jahre der Okkupation haben bei der Mehrheit unter uns die allgemeine Übereinstimmung mit dem Staat nicht in Frage gestellt. Er ist im Libanon erhielt die stabile Basis des israelischen Konsenses die ersten Risse. Doch auch diese waren bis vor 19 Monaten noch nicht allzu deutlich. Man konnte sie übersehen, wenn man wollte. Die Mehrheit der Friedensbewegung begnügte sich mit allgemeinen Forderungen wie „Frieden ist besser als Groß-Israel“ und „Mit den Palästinensern sprechen!“ etc. Doch in den letzten 19 Monaten, also seit Beginn der Intifada, haben sich Dinge ereignet, die die Friedensbewegung entschieden verändert haben, man könnte sogar sagen, daß sie die Friedensbewegung bis heute am Leben erhalten. Zum einen der Ausbruch der Intifada und zum anderen die politischen Entwicklungen innerhalb der PLO. Während die Intifada uns tagtäglich mit dem häßlichen Gesicht der Okkupation konfrontiert, machen die Erklärungen der PLO in Algier und in Genf deutlich, daß dieses häßliche Gesicht das unsrige ist. Während die PLO deutliche Schritte gemacht und ihre Bereitschaft gezeigt hat, Frieden zu schließen, verwiesen die Rechten, aber auch die Zentrumskräfte in Israel hartnäckig auf die palästinensische Nationalcharta (mit der inzwischen überholten Nichtanerkennung des israelischen Staats bzw. der Androhung seiner Vernichtung). Die PLO-Erklärungen von Algier und Genf haben auch das Friedenslager gezwungen, neue Wege des Protests zu suchen. Das brachte die Radikalisierung der Forderungen mit sich, und die konnten oder wollten viele nicht mitmachen. Bis heute warten wir auf die legendär gewordenen 400.000 Menschen, die im Herbst 1982 nach dem Massaker in Sabra und Shatila auf die Straße gingen. Heute sind auch die grausamsten Bilder der Unterdrückung nur imstande, einige Zehntausend Menschen auf die Beine zu bringen. Sehr viele wollen davon nichts sehen und hören, das berichtet man uns immer wieder. Es ist sehr leicht, nicht davon zu hören, das weiß ich, denn ich habe es auch lange getan.

Die Radikalisierung der Protestbewegung verlief quer durch alle Gruppen. Auch Shalom Achshav macht heute weit eindeutigere Aussagen. Sie votieren für das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser und Verhandlungen mit der PLO. Was kann das anderes heißen als die Forderung nach einem palästinensischen Staat. Heute sieht Shalom Achshav seine Aufgabe eher in der Aufklärung der israelischen Öffentlichkeit, daß die beiden Forderungen, die ihm selbst vor kurzem noch viel zu radikal waren, die einzige Möglichkeit sind, den Friedensprozeß voranzutreiben. Allerdings verfügt Shalom Achshav über keine organisatorischen Strukturen, die einen kontinuierlichen Protest tragen könnten.

Vielen Leuten reichten die Demonstrationen und Erklärungen nicht mehr aus, und so sind seit Be-

ginn der Intifada über fünfzig neue Organisationen und zahllose Ad-hoc-Gruppen. Auch die Protestorganisationen, die es schon vor der Intifada gab – wie Yesh Gvul, Dai La’Kibush usw. – sind erheblich größer geworden. Die Vielfalt der Gruppen, die anfangs als störende Zersplitterung erschien, erwies sich als sehr effektiv, denn die Leute suchten sich diejenigen Aktionsformen und Aktionen aus, die ihm am meisten zusagten. Was die wesentlichen politischen Ziele angeht, die im Hinblick auf das israelisch-palästinensische Verhältnis auf der Tagesordnung stehen, sind sich alle Gruppen einig. Diese Ziele stimmen mit den aktuellen Zielen der PLO weitgehend überein. Das versucht die Protestbewegung der israelischen Öffentlichkeit zu zeigen, denn diese Übereinstimmung weist unseres Erachtens den Weg aus der verfahrenen Situation.

Ich kann hier nicht alle Gruppen der israelischen Friedensbewegung nennen, doch vielleicht einige unterschiedliche Typen von Protestorganisationen vorstellen:

Zunächst sind da die Gruppen mit einem politischen Konzept: Yesh Gvul (Es gibt eine Grenze), Das 21. Jahr, Dai La’Kibush (Schluß mit der Besatzung). Letztere ist neben Shalom Achshav die älteste Gruppe in der Friedensbewegung. Sie ist von mehreren linken Organisationen für Protestaktionen gegen die Okkupation ins Leben gerufen worden. In letzter Zeit nehmen ihre Mitglieder an Protestaktionen und Projekten anderer Gruppen teil. Das 21. Jahr sieht die Besatzung als eine Realität, die alle Bereiche der israelischen Gesellschaft beeinflusst. In der Grundsatzerklärung der Gruppe, die von fast 2.000 Menschen unterschrieben worden ist, definiert sich das 21. Jahr als Sand im Getriebe der Okkupation. Ihre wichtigsten Aktivitäten liegen zur Zeit im Erziehungsbereich und in der Tätigkeit der „Zeugen der Okkupation“, die jede Woche in die besetzten Gebiete fahren, um ihre Erfahrungen und Erlebnisse dort, so weit möglich, in der israelischen Öffentlichkeit zu verbreiten.

Ein zweiter Typus von Gruppen sind die Projektgruppen, die sich auf ein ganz bestimmtes, fest umrissenes Anliegen beschränkt haben, etwa die Frauen in Schwarz, die jeden Freitag von 13 bis 14 Uhr, schwarz gekleidet, in allen größeren Städten gegen die Okkupation demonstrieren. Oder die Gruppe der Eltern von Soldaten, die Gruppe der Lehrer und Erzieher. etc.

Ein dritter Typ sind Berufsgruppen. Dazu gehört z.B. „Ad Ka’an“ (Bis hierher und nicht weiter), eine Gruppe von Professoren und Dozenten an der Universität Tel Aviv, die ihre Aufgabe vor allem in der Aufklärung der israelischen Bevölkerung sieht. Oder „Imut“ (Wahrheit), eine Organisation von Psychologen und Ärzten, die die sozialpsychologischen Auswirkungen der Besatzung untersucht, usw.

Viertens gibt es die Ad-hoc-Gruppen. Das sind Gruppen, die sich für einmalige Aktionen zusammenfinden, beispielsweise um einen Schülerstreik zu unterstützen oder die Forderung nach Wiedereröffnung der Bildungsinstitutionen in den besetzten Gebieten.

Es gibt auch Gruppen, die sich schwer einordnen lassen, wie etwa das Beita-Komitee u.ä. Wie schon gesagt, insgesamt gibt es mehr als 50 Gruppen, und daher wurde ein Koordinationskomitee geschaffen, das die unterschiedlichen Aktivitäten der einzelnen Gruppen zu koordinieren versucht. Die Unzufriedenheit breitet sich weit über die Grenzen der Protestbewegung hinaus aus, in allen Bereichen des israelischen Lebens. Von der Literatur und der Volkskunst wird hier noch gesprochen werden. Auch in die Wissenschaft ist die Unzufriedenheit eingedrungen: Historiker schreiben die Geschichte des Staates Israel neu. Ihre Schule, die „Neuen Historiker“, wird vom Establishment heftig angegriffen. Jede Seite beschuldigt die andere, mit ihren Publikationen vorwiegend politische Ziele zu verfolgen.

Ich bin wieder am Ausgangspunkt angekommen. Anfangs hatte ich behauptet, daß wir in Israel keine politische Widerstandskultur hatten oder haben. Doch, wir haben eine! Sie wächst Schritt für Schritt zusammen mit der Protestbewegung, erhält Konturen und faßt immer mehr Fuß in der israelischen Gesellschaft.

Yesh Gvul, Widerstand und Verweigerung von Gideon Spiro

Es ist sehr schwierig, Nicht-Israelis die Bedeutung der israelischen Armee und ihre (einzigartige) Rolle in der israelischen Gesellschaft zu vermitteln. Es scheint, als gäbe es keinen anderen Staat in der westlichen Welt, in dem so viele Ex-Generäle und hochrangige Offiziere direkt am politischen Leben beteiligt sind. Nehmen Sie etwa die jetzige Regierung der Nationalen Einheit, die die Arbeitspartei (die israelische Sozialdemokratie) und den rechten Likud-Block umfaßt: vier Minister dieses Kabinetts sind Generale. Außerdem gibt es noch einige Generale in der Knesset. Innerhalb des politischen Spektrums vertreten sie Positionen von sehr weit links bis hin zu rechtsextremistischen. Manche mögen argumentieren, das sei eine wünschenswerte Situation, weil das einen Militärputsch, wie er Dritte-Welt-Staaten in Mode ist, unmöglich macht. Andere mögen denken, daß solch ein Putsch in Israel gar nicht notwendig ist, denn die Präsenz so vieler Militärs im öffentlichen Leben Israels habe schon einen weniger offensichtlichen Coup vollbracht, nämlich das zivile Leben zu militarisieren.

Tatsächlich ist das Militär auch mit der israelischen Wirtschaft eng verflochten. Militärische und militärisch zu verwendende Produkte machen über 50 % der israelischen Industrieexporte aus. Wenn wir uns also dieses Phänomen näher betrachten, wird deutlich, daß die israelische Armee eine zentrale Rolle in der israelischen Politik spielt. Und zugleich spielt sie eine Rolle im persönlichen Leben jedes Israeli und jeder Israelin. Männer und Frauen in Israel sind mit 18 Jahren zum Armeedienst verpflichtet, Männer für drei, Frauen für zwei Jahre. Und für die Männer endet der Wehrdienst erst mit 55 Jahren, solange müssen sie ihren Reservedienst ableisten. Israelische Männer verbringen daher in der Regel 37 Jahre ihres Lebens in direkter Beziehung zur Armee. Zählt man noch die in den letzten drei Jahren der High School stattfindende paramilitärische Ausbildung dazu, kommt man sogar auf 41 Jahre. Mit anderen Worten: Bei einer durchschnittlichen Lebenserwartung von Männern von 73 Jahren und von Frauen von 77 Jahren verbringen Männer und Frauen in Israel mehr als die Hälfte ihres Lebens in der ein oder anderen Verbindung zum Militär.

Die lebenslange Beziehung zur Armee wirkt sich umgekehrt auch auf die Kultur in Israel aus. Seit der Zeit, als es noch keinen Staat gab, zunächst in Palästina und später in Israel, waren militärische Symbole und Ideale außerordentlich wichtig für die jüdische Gemeinschaft. In der Musik, im Theater, in der Literatur – überall sind sie zu finden. Die Empfänger des israelischen Literaturpreises, der jährlich am Unabhängigkeitstag vergeben wird, waren zuletzt zwei Autoren, die unmittelbar zu diesem kulturellen Phänomen beigetragen haben. Es ist kein Zufall, daß am 40. Jahrestag der Staatsgründung zwei Autoren ausgezeichnet wurden, die am eloquentesten dazu beigetragen haben, militärische Ideale zu verbreiten. Dennoch passierte es, daß diese Ideale zugleich von einer wachsenden Zahl israelischer Autoren und von Intellektuellen der jüngeren Generation heftig angegriffen wurden und daß auch Reservisten in diese Kritik einstimmten, die Israels Politik gegenüber den Palästinensern in den besetzten Gebieten in Frage stellen.

Das israelische Gesetz kennt kein Recht auf Kriegsdienstverweigerung. Das liegt nicht nur daran,

daß die Politiker davon nichts wissen wollen, sondern auch daran, daß die Öffentlichkeit es nicht fordert. Unter den Israelis besteht ein breiter Konsens, daß die Armee eine notwendige und sakrosankte Institution ist.

Die Libanon-Invasion hat diese Heiligkeit in den Augen mancher Israelis zerstört. Zum ersten Mal haben die Menschen gesehen, daß die Armee nicht nur zu Verteidigungszwecken, sondern für einen brutalen reinen Angriff eingesetzt wurde. Es gab darauf eine ganze Reihe von Reaktionen. Vor allem wurde die israelische Armee von da an anders wahrgenommen, was dazu führte, daß sich eine Bewegung wie Yesh Gvul gegründet hat. Diese Bewegung ist von Reservisten gegründet worden, die Kriegsdienst leisten sollten, sich aber entschlossen haben, das Recht der Regierung, sie für einen Krieg heranzuziehen, den sie als illegal betrachteten, in Frage zu stellen. Es war das erste Mal in der Geschichte Israels, daß israelische Reservisten der Regierung gesagt haben, wir werden nicht in einen Krieg ziehen, der gegen sämtliche demokratischen und menschlichen Normen, alle internationalen Abkommen, die Israel unterzeichnet hat, insbesondere gegen die Menschenrechtscharta verstößt, der Wesen und Geist der israelischen Unabhängigkeitserklärung widerspricht, da er darauf hinausläuft, die Zivilbevölkerung zu bombardieren. Yesh Gvul hat die israelische Bevölkerung zum ersten Mal seit der Gründung des Staates dazu gezwungen, sich mit dieser Frage zu beschäftigen und den unbedingten Gehorsam gegenüber der Regierungsautorität und des Militärs in Frage zu stellen.

Mitglieder von Yesh Gvul haben als Soldaten einer Demokratie das Recht für sich in Anspruch genommen, Anordnungen einer Regierung nicht Folge zu leisten, wenn die Politik dieser Regierung gegen grundlegende Normen und Werte der demokratischen Gesellschaft, gegen das menschliche Gewissen verstößt. Noch nie zuvor in der Geschichte des Staates ist so intensiv über die Frage des Gehorsams gegen Regierungsbeschlüsse diskutiert worden wie in der Zeit des Libanonkriegs. Diese Diskussion geht im wesentlichen auf Yesh Gvul zurück. Doch man sollte das nicht mißverstehen: Yesh Gvul ist keine pazifistische Bewegung. Ihre Mitglieder stellen die Notwendigkeit einer Armee zur Verteidigung Israels nicht prinzipiell in Frage. Die einzelnen Mitglieder von Yesh Gvul geben sich nicht der Illusion hin, die Utopie sei verwirklicht, wir lebten in einer friedlichen Welt. Sie sind der Auffassung, daß sie sich mit ihrem Eid verpflichtet haben, das Land zu verteidigen. Diesen Eid haben sie geleistet. Doch das heißt nicht, daß der Soldat der Regierung ein Recht auf Mißbrauch der Macht einräumt, die sie von den Bürgern bekommen hat.

Als Israel in den Libanon einmarschiert ist, hat es gegen den Verteidigungsauftrag verstoßen. Wir von Yesh Gvul haben gesagt, wir können uns nicht mehr hinter dem Vorwand verstecken, es sei uns befohlen worden. Auch ein Befehl nimmt dem Soldaten nicht die Verantwortung für sein Tun. Yesh Gvul argumentierte, daß der Krieg im Libanon unter der „schwarzen Flagge der Unrechtmäßigkeit“ geführt wurde, eine Formulierung, die Mitte der 50er Jahre vom israelischen Militärgerichtshof geprägt wurde. Dieser Gerichtshof hat damals anerkannt, daß der Soldat ein Recht hat, einen Befehl zu verweigern und ihm zuwiderzuhandeln, der als so offensichtlich unrechtmäßig zu erkennen ist, daß es tatsächlich heißen kann, „hier wird die Flagge der Unrechtmäßigkeit gehißt“. Während des Libanonkrieges haben über 2.000 Soldaten die Petition von Yesh Gvul unterzeichnet, die die Regierung aufforderte, sie nicht in diesen Krieg zu schicken. 150 von ihnen wurden vor Gericht gestellt und verurteilt. Der Anteil von Yesh Gvul an der Ablehnung des Libanonkriegs durch die Öffentlichkeit kann gar nicht unterschätzt werden. Bei der Entscheidung, einen großen Teil der Armee aus dem Libanon abzuziehen, hat Yesh Gvul eine wichtige Rolle gespielt.

Nach dieser Entscheidung ist Yesh Gvul ein wenig aus dem öffentlichen Bewußtsein geraten. Innerhalb der Bewegung kam es zu Diskussionen darüber, die Verweigerungspolitik auch auf den Dienst in der Westbank und im Gazastreifen auszudehnen. Nach langen Diskussionen wurde beschlossen, die Rolle der Soldaten beinhalte nicht, daß sie 2,5 Millionen Menschen kontrollieren und sich an den Repressionsmaßnahmen beteiligen müßten, durch die die Westbank und der Gazastreifen zu Gebieten unter Militärdiktatur gemacht werden. Es ist wichtig, daß die Entscheidung, nicht an der Besatzung mitzuarbeiten, eine individuelle Entscheidung ist. Alle Mitglieder von Yesh Gvul entscheiden selbst, aufgrund welcher Handlungen sie verweigern werden. Einige beispielsweise sind der Meinung, daß die Grenzen von 1967, die grüne Linie also, in die besetzten Gebiete nicht überschritten werden darf. Andere können sich dazu entschließen, in unbewohnten Gebieten dort Dienst zu tun, doch sie werden sich weigern, als Quasi-Polizisten gegen die palästinensische Zivilbevölkerung vorzugehen. Andere wiederum entscheiden sich dafür, keinen Schlagstockeinsatz zu akzeptieren und sich nicht an der Politik des Knochenbrechens gegen Palästinenser oder andere zu beteiligen. Wieder andere mögen sich dafür entscheiden, in den besetzten Gebieten zu dienen, doch sie weigern sich, dabei Waffen zu tragen. Yesh Gvul akzeptiert und unterstützt alle Formen der Verweigerung.

Der vor 19 Monaten begonnene palästinensische Aufstand hat deutlich gemacht, daß es ein Irrglaube ist, es gäbe eine Art von „aufgeklärter Besatzung“. Der Mord an mehr als 300 Menschen und die Verletzung Tausender anderer hat gezeigt, daß Okkupation immer und notwendig brutal ist. Yesh Gvul wurde in seiner Überzeugung bestätigt und bestärkt. Es steht außer Frage, daß Soldaten ein Werkzeug der Repression sind. Täglich sind in Fernsehen und Presse Bilder bewußtloser Brutalität zu sehen. Um nur einige Tatbestand zu nennen: die israelische Politik, palästinensischen Jugendlichen die Knochen zu brechen; die Erschießungen unbewaffneter Zivilisten, darunter Frauen und Kinder. All das hat die Frage nach der Rechtmäßigkeit – der gehißten schwarzen Flagge der Unrechtmäßigkeit – erneut aufgeworfen, und Yesh Gvul wurde wieder wichtig.

Wir haben nun eine neue Erklärung verabschiedet, die empfiehlt, sich nicht an den Repressionsmaßnahmen gegen die Zivilbevölkerung zu beteiligen. Dieses Schreiben unterscheidet sich von der Petition, die während des Libanonkriegs veröffentlicht wurde und den Verteidigungsminister und den Premierminister dazu aufforderte, uns nicht in den Libanonkrieg zu schicken. Die neue Erklärung macht deutlich, daß *wir* den Dienst in den besetzten Gebieten verweigern. Sie hat den Titel: „Eine Grenze der Repression und Unterdrückung“ und lautet:

„Das palästinensische Volk führt einen Aufstand gegen die israelische Besatzung in den besetzten Gebieten. Mehr als 20 Jahre Besatzung und Unterdrückung haben nicht dazu geführt, daß die Palästinenser den Kampf für ihre nationale Befreiung aufgegeben haben. Der Aufstand in den besetzten Gebieten und seine brutale Unterdrückung durch die israelische Armee zeigen, daß sowohl die Fortdauer der Besatzung als auch die anzustrebende politische Lösung ihren Preis haben werden. Wir als Reserveoffiziere der israelischen Armee erklären, daß wir die Last nicht länger tragen können, daran mitzuarbeiten, daß wir die Verantwortung für den moralischen und politischen Verfall nicht übernehmen können. Wir erklären daher, daß wir uns weigern, an der Unterdrückung des Aufstands in 2den besetzten Gebieten mitzuwirken.“

Bisher haben etwa tausend Menschen diese Erklärung unterzeichnet. 70 Yesh-Gvul-Mitglieder wurden verurteilt und ca. 400 aus der Armee entlassen, nachdem sie sich geweigert hatten, in den besetzten Gebieten Dienst zu tun. Erwähnenswert ist noch, daß es eine Art Junior-Yesh-Gvul gibt, die von High-School-Schülern im letzten Schuljahr vor der Einberufung in die Armee getragen wird.

Diese jugendlichen Verweigerer haben dem Verteidigungsminister mitgeteilt, daß sie sich sowohl aus moralischen als auch aus politischen Gründen weigern werden, an der Besetzung mitzuwirken. Einer von ihnen ist schon vor Gericht gestellt und zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden. Vor kurzem haben wir zwei Broschüren veröffentlicht und an die Soldaten verteilt. In der einen wird erläutert, warum wir verweigern, und es werden Kriterien beschrieben, nach denen man entscheiden kann, ob ein Befehl rechtmäßig ist oder nicht. Beispielsweise der Befehl, als Strafe Knochen zu brechen, oder der Befehl zur Erschießung und Tötung Unschuldiger sind offenkundig unrechtmäßig. Das belegen Auszüge aus der Vierten Genfer Konvention, die für Bewohner militärisch besetzter Gebiete gilt. Israel hat diese Konvention unterzeichnet. Laut Paragraph 27 der Konvention müssen die Besatzer die körperliche Unversehrtheit der Bewohner garantieren, die Bewohner sind human zu behandeln sowie vor Gewalt, Drohungen und Verletzungen zu schützen. Paragraph 32 verbietet die Ermordung, Folter und Verkrüppelung von Menschen. Paragraph 33 verbietet Kollektivbestrafung, Terror und andere Akte der Einschüchterung als Vergeltung gegen die Bewohner und ihr Eigentum. All diese Bestimmungen werden Tag für Tag von den Besatzungskräften gebrochen. Die Broschüre zitiert auch den Befehl des israelischen Oberkommandos Nr. 33 0133 vom 7. Juni 1982, der festlegt, daß alle Genfer Konventionen als Bestandteil des Führungskodex des militärischen Oberkommandos anzusehen sind. So ist die Position von Yesh Gvul also nicht nur ideologisch gerechtfertigt, sondern sie ist selbst nach Begriffen der Armee völlig rechtmäßig.

Die zweite Broschüre liefert eine Richtschnur, mit deren Hilfe sich potentielle Verweigerer auf die Gerichtsverfahren vorbereiten können, die ihnen bevorstehen, sie informiert über die Situation in den Militärgefängnissen sowie über die Rechte von Häftlingen. Der Generalstaatsanwalt Yosef Harish hat kürzlich gesagt, diese Broschüre sei möglicherweise ein Anlaß, die Aktivitäten von Yesh Gvul vom Shin Bet durchleuchten zu lassen. So etwas hat es noch nie zuvor gegeben! Harish versucht, den Shin Bet zur Untersuchung von Aktivitäten innerhalb Israels zu bewegen! Der Shin Bet befaßt sich normalerweise nur mit Auslandsangelegenheiten, also mit Spionage, Terrorismus, Landesverrat etc. Doch Harish argumentiert, die Broschüre bringe die Soldaten dazu, den Wehrdienst zu verweigern. Das ist völliger Quatsch, weil alle Informationen in dieser Broschüre zuvor schon in der israelischen Presse veröffentlicht waren, sie sind hier nur einer kompakteren Form zusammengefaßt. Doch die Anfrage des Generalstaatsanwalts beim Shin Bet ist ein klares Beispiel für den Mißbrauch von Gesetzen zu politischen Zwecken. Das Ziel, das er und die Regierung damit verfolgen, ist deutlich: Die Leute von Yesh Gvul zu erschrecken und die anderen davon abzuhalten, sich der Bewegung anzuschließen. Es ist ein Versuch, das demokratische Recht der Organisationsfreiheit zu beschränken. Harishs Vorgehen zeigt, daß die Regierung totalitäre Tendenzen hat. Normen eines totalitären Staats sind seit Jahren gegen die palästinensische Bevölkerung in den besetzten Gebieten eingesetzt worden, und nach und nach werden sie zur Regierungspolitik innerhalb Israels. Der Mythos von der Demokratie dieses Staats löst sich im gleichen Maße auf, wie der Respekt vor dem Gesetz nebensächlich der Staatsapparat gegen die mobilisiert wird, die sich öffentlich von der Regierungspolitik distanzieren. Man könnte noch hinzufügen, daß Harishs Interesse paradoxerweise als Kompliment an Yesh Gvul aufgefaßt werden kann: Die Gruppe ist anerkannt, mit ihr ist zu rechnen. Tag für Tag geht das Morden und Foltern weiter. Die Reaktion der Regierung zeigt allerdings, daß die Botschaft von Yesh Gvul mehr und mehr Soldaten dazu bringen könnte, sich nicht mehr an dieser Besetzung zu beteiligen. Zumindest scheint die Regierung das zu befürchten, denn sie hat mit ihren Drohungen gegen uns Yesh Gvul als einzigartige Bedrohung für die Besetzung

dargestellt.

Die beiden Broschüren waren nicht die einzigen, die Yesh Gvul veröffentlicht hat. 1985 haben wir eine Broschüre mit dem Titel „Die Grenzen des Gehorsams“ publiziert: eine Sammlung von Essays israelischer und nichtisraelischer Politologen und Philosophen zu diesem Thema. Yesh Gvul hat auch einen Fonds gegründet, der jedem inhaftierten Mitglied das Geld erstattet, das es normalerweise erhalten hätte, wenn es Armeedienst geleistet hätte. Den Armeebestimmungen zufolge verliert ein inhaftierter Soldat seinen Anspruch an die Sozialversicherung. Die Mittel des Fonds kommen aus Quellen in Israel und von Kirchen und Friedensorganisationen im Ausland.

Trotz dieser Erfolge, öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema zu gewinnen, ist es Yesh Gvul bisher nicht gelungen, eine Massenbewegung gegen den Militärdienst in den besetzten Gebieten auf die Beine zu bringen. Doch die besetzten Gebiete sind ein Thema mit vielen Aspekten, emotionalen, nationalen und religiösen. Der Preis und die Last der Besatzung hat die israelische Gesellschaft bisher nicht dazu veranlaßt, ihre grundlegenden Werte zu revidieren. Zu ihnen gehört nach wie vor, daß die Armee als gesellschaftliche Institution sakrosankt ist. Solange der Westen, insbesondere die USA, durch die starke finanzielle Unterstützung – bis zu 5 Milliarden Dollar jährlich – dazu beiträgt, wird Israel das doppelte Regime von Gewehren und Butter aufrechterhalten können. Die Finanzspritzen machen es möglich, eine große Armee zu unterhalten und dennoch der Masse der Bevölkerung einen vernünftigen Lebensstandard zu bieten. Yesh Gvul allein kann gegen die finanzielle Unterstützung von außen nichts ausrichten. Doch wenn die Besatzung anhält, werden die demokratischen Normen in der israelischen Gesellschaft verkommen. Rassismus, Diskriminierung und ähnliches, was stark an die Apartheid erinnert, nehmen wie ein Krebsgeschwür tief im Körper der israelischen Gesellschaft, in jeder Zelle der Demokratie zu. Mehr und mehr wird das Wertesystem der Israelis von den totalitären Einstellungen und Methoden der Besatzung kontaminiert. All diese Entwicklungen laufen auf eine Konfrontation hinaus. Wir sollten nicht vergessen, daß Israel eine Atommacht ist, die sich geweigert hat, den Sperrvertrag zu unterzeichnen, und ca. 200 atomare Sprengköpfe besitzt. Es liegt in den Händen der Supermächte und der Weltöffentlichkeit, einen deutlichen Punkt zu setzen. Yesh Gvul kann zeigen, wie es gehen könnte, doch *wir* können keine Lösung erzwingen.

Eskalation des Konflikts durch die Siedlerbewegung? von Gideon Freudenthal

Ich glaube, es war für uns alle ziemlich schwierig, einem Vortrag auf den anderen zu folgen. Deswegen will ich es etwas leichter machen. Ich mache es wie mein Großvater und fange mit der Pointe an. Dann rekonstruierte ich, auf welchem Weg man zu ihr gelangt.

Die Pointe ist die Behauptung, es gibt kein spezifisches Siedlerproblem. Die Siedler erhalten zwar derzeit viel Aufmerksamkeit, doch zu Unrecht, und die Faszination für das Siedlerproblem ist wahrscheinlich sogar kontraproduktiv. Ich will zu erklären versuchen warum. Etwas ausführlicher heißt meine Behauptung, daß die Siedler nur dann gefährlich sind, wenn sie den rechten Pol eines breiten politischen Spektrums bilden; getrennt vom großen Körper der politischen Kräfte in Israel sind sie keine Gefahr.

Zunächst zu den Gründen für die Aufmerksamkeit, die sie in letzter Zeit erhalten. Sie ist insofern erstaunlich, als die Siedlerbewegung nicht jetzt erst entstanden ist und es momentan auch kein Thema ist, Siedlungen abzubauen. Warum also gerade jetzt diese Konzentration auf die Siedlerbe-

wegung? Man könnte sagen, die Siedlerbewegung ist wegen ihrer Terroraktionen ins Bewußtsein der Israelis gedrungen – doch die Terroraktionen sind nicht so neu. Neu ist die Wahrnehmung dieser Terroraktionen durch die israelische Bevölkerung. Und dabei ist es, würde ich sagen, immer noch nur kleiner Teil der Terroraktionen, die der Öffentlichkeit bekannt und die in den Zeitungen veröffentlicht werden. Meines Erachtens ist die eigentliche Bedeutung der Siedlerbewegung nicht auf ihre Aktivitäten in den besetzten Gebieten zurückzuführen, sondern zuallererst auf den Druck, den sie auf Regierung und Militär ausübt. Doch hier gilt einmal das schlimme Wort: Halb zog sie ihn, halb sank er hin. Die Siedler „vergewaltigen“ die Regierung durchaus nicht. Doch sie können Situationen schaffen, in denen Regierung und Militär auf eine Art zu handeln gezwungen sind, wie sie von selbst nicht handeln würden.

Eine Bemerkung vielleicht doch zu den zunehmenden Terroraktionen der Siedler. Man kann sie natürlich mit verständnislosem Schrecken beobachten, verurteilen und dergleichen mehr. Ich würde vorschlagen, darin mit optimistischen Augen ein Zeichen der Schwäche zu sehen. Das heißt, daß wirklich Angst verspüren, daß ihre Tage gezählt sein könnten, daß sie die Siedlungen werden aufgeben müssen, daß ihr „Traum“ nicht Wirklichkeit werden wird. Ich glaube, die Tatsache, daß die Siedler den Kopf verlieren und verrückt spielen, sollte uns deshalb *auch* optimistisch stimmen... Man kann die Siedler – um es allgemein auszudrücken, ich werde gleich differenzieren – als den Gegenpol zur israelischen Friedensbewegung sehen, allerdings, wie schon angedeutet, mit zwei wesentlichen Unterschieden: Zum einen ist die Siedlerbewegung extremistisch, ein kleiner Pol rechtsaußen, und dennoch hat sie, zweitens, die gesamte Regierung und das Militär hinter sich. Doch zunächst einmal: Wer sind die Siedler überhaupt? Wir verwenden das Wort immer etwas pauschal, und ich glaube, wir sollten differenzieren. Von den knapp 90.000 sind wahrscheinlich 80.000 oder 75.000 solche, die ich als Wirtschaftssiedler bezeichnen würde. Das sind Siedler, die nicht aus ideologischen, sondern aus wirtschaftlichen Gründen in die besetzten Gebiete gegangen sind. Sie gehören zwei Schichten an. Da sind einmal die jungen Ehepaare, die sich in Israel selbst keine Wohnung leisten können. Die anderen gehören zum unteren Mittelstand, die von einem Haus im Grünen träumen und diesen Traum innerhalb Israels nicht verwirklichen können. In den besetzten Gebieten finden beide ihr Glück: die Häuser dort werden so gut wie verschenkt. Diese Art von Siedlern wohnen in großen Siedlungen, kleinen Städten, Trabantenstädten, immer sehr dicht an der jeweiligen Grenze von 1967. Sie gehören heute zu den radikalsten Krawallmachern, und zwar gerade deswegen, weil sie vor allem Lebensqualität gesucht haben. Nun geraten sie in einen Aufstand, den sie sich nicht gewünscht haben (und für den sie natürlich auch keinerlei Verständnis haben). Zudem sind dort bestimmte soziale Schichten vertreten. Doch für eine Gesamtfriedenslösung, die die Räumung der besetzten Gebiete umfaßt, stellt diese Siedlergruppe, wie ich glaube, kein ernsthaftes Hindernis dar, und zwar, weil ihre Siedlungen – jedenfalls eine von ihnen, die Stadt Ariel – ziemlich dicht an der grünen Linie liegen und sich von daher zu einem Gebietstausch eignen. Ich persönlich würde sie sehr gerne herschenken, samt ihrer Stadt – aber man kann sie nach Israel eingemeinden. Oder aber eine Lösung würde, wie bei dem Frieden mit Ägypten, Geld kosten. Aber das ist auch alles.

Noch eine weitere Gruppe von Siedlern halte ich nicht für gefährlich. Das sind die Siedler in der Jordansenke – sie siedeln entlang von Linien, die einst der Allon-Plan der Arbeitspartei gezogen hat. Diese Siedler sind zum größten Teil Mitglieder oder Anhänger der Arbeitspartei, und deshalb halte ich sie nicht für gefährlich, denn sie würden auch einem Befehl zur Räumung dieser Siedlungen

gen folgen. Sie gehören zur Mitte des politischen Spektrums in Israel und würden sich dann auch entsprechend dieser Mitte verhalten: eben so, wie die Entscheidung auf seiten der Regierung fällt. Jetzt komme ich zu denen, die eigentlich gemeint sind, wenn man von „den Siedlern“ spricht, dem Gush Emunim. Diese radikale Siedlerbewegung ist zum größten Teil „religiös“ inspiriert, doch nicht all ihre Mitglieder sind Fromme. Diese Leute sind tatsächlich aus hochideologischen Gründen in die besetzten Gebiete gegangen: um eine Situation zu schaffen, die nicht mehr rückgängig zu machen ist, in der diese Gebiete dem Staat Israel einverleibt und nie wieder unter „Fremdherrschaft“ stehen werden. Doch ich halte es für sehr wichtig, auch innerhalb dieser Gruppe die Differenzen zu sehen – und zu nutzen. Es gibt unter ihnen eine noch radikalere Gruppe, nämlich die, die in den arabischen Städten siedeln, vor allem in Hebron. Und solche, bei denen der Übergang zu Anhängern der Kahane-Bewegung sehr fließend ist. Vor kurzem erst hat sich etwa einer der Mitbegründer der Gush Emunim von seiner Bewegung getrennt, weil diese sich nicht deutlich genug nach rechts abgegrenzt und sich für die Kach-Leute, die Anhänger von Kahane also, geöffnet habe und daher auch für deren Aktionen mitverantwortlich sei. Solche Differenzen sind gut, glaube ich, man sollte sie nutzen. Man sollte verhindern, daß sich Gush Emunim ganz von seinem rechten Rand trennen und die Verantwortung dafür loswerden kann. Doch ich halte die Differenzen innerhalb dieser Gruppe für sehr wichtig, die für das Aufbrechen des rechten Spektrums sorgen können.

Ich habe schon gesagt, daß die eigentliche Macht der Siedlerbewegung meines Erachtens in der Rückendeckung besteht, die sie von Regierung und Militär erhalten. Nur dadurch haben sie Einfluß auf das politische Leben in Israel. Es gibt allerdings auch einige Parteien, die eng mit der Siedlerbewegung verknüpft, um nicht zu sagen verfilzt sind. Zum einen die Nationalreligiöse Partei, die zu ungefähr 80 % auf der Seite der Siedler steht. Dann die Renaissance-Partei, die völlig hinter den Siedlern steht. Schließlich noch die Transfer-Partei und eine Partei ehemaliger Generale. Rechts von der Mitte des Likudblocks steht also alles mehr oder weniger geschlossen hinter der Politik der Siedler. Für sehr wichtig halte ich allerdings die Tatsache, daß der rechte Flügel der Arbeitspartei heute nicht mehr hinter den Siedlern steht. Das war früher so – man sollte nicht vergessen, daß die Siedlung in Hebron von dem damaligen Minister Allon, einem Sozialdemokraten, befürwortet, wenn nicht initiiert worden ist.

Ich sehe derzeit drei Gefahren, die von der Siedlerbewegung ausgehen können: Erstens ihr Einfluß auf das politische Spektrum über die Parteien. Zweitens die Provokation durch Terroranschläge, d.h. Provokationen gegen die Palästinenser. Der Terror, den sie verübt haben, hat sie politisch sehr viel gekostet, sie sind geschwächt daraus hervorgegangen. Sollte es ihnen aber gelingen, durch die täglichen Terroranschläge auf arabische Dörfer einen Gegenterroranschlag ähnlichen Ausmaßes von palästinensischer Seite zu provozieren, dann würden sie eine Menge gewinnen. Eine der Hauptfunktionen ihres Terrors ist ja, sich in eine Situation zu bringen, in der sie angeblich ständig in Gefahr sind – manchmal sind sie es tatsächlich – und deshalb von der israelischen Armee geschützt werden müssen. Dank den Siedlern könnte die Unterdrückung des palästinensischen Aufstands als „Verteidigung jüdischen Lebens“ verkauft werden. Dieses Mittel setzen sie seit Jahren ein. Doch es darf ihnen nicht gelingen – das halte ich heute für die wichtigste Aufgabe.

Die dritte Gefahr wird sehr oft genannt, aber ich halte sie für unwichtig: der mögliche Widerstand der Siedler gegen eine Räumung der besetzten Gebiete bzw. ihre Drohung mit einem Bürgerkrieg. Ich halte diese Gefahr für bedeutungslos, und zwar aus ganz einfachen Gründen: Wenn wirklich eine politische Entscheidung getroffen wird, die Gebiete zu räumen, wird es ziemlich leicht sein, die

radikalen Siedler, die sich mit Waffengewalt dagegen wehren, vom großen politischen Körper abzutrennen. Dann sind sie nicht mehr gefährlich, weil sie sich nur noch sozusagen „netto“ repräsentieren. Ihre ganze Macht besteht ja nur darin, daß sie am rechten Hebel drücken können. Die einzige wirkliche Gefahr sehe ich also darin, daß sie die Regierung zwingen können, die Unterdrückungsmaßnahmen zu verschärfen. Sie sind gefährlich nur, weil sie ihr Gewicht an den Hebel am rechten Rand des politischen Spektrums hängen können. Für sich allein genommen, getrennt vom politischen Körper, sind sie nicht so stark, daß sie wirklich etwas verändern könnten. Und darin liegt eigentlich eine Chance – wenn man sie nur wahrnehmen wollte!

Von der Angst und Hoffnung eines Palästinensers, was die Zukunft der zwei Staaten, Israel und Palästina, betrifft von Mitri Raheb

Diesmal will ich nicht wie sonst eine aktuelle Analyse versuchen, ich habe mir für heute etwas Neues ausgedacht. Es ist eigentlich ein Wagnis, weil es der Versuch ist, zwei Schritte in die Zukunft zu gehen, obwohl wir noch immer in der Gegenwart stehen.

Ich bin ein Palästinenser, der unter israelischer Besatzung lebt. Mein Besatzer wacht täglich darüber, mir das Leben schwer zu machen. Er umzingelt mein Volk mit Stacheldraht, baut Mauern um uns herum, und sein Militär errichtet viele Grenzen um uns. Er schafft es, Tausende von uns in Lagern und Gefängnissen zu halten. Doch trotz aller Anstrengung ist ihm eines nicht gelungen: Mir meine Träume zu nehmen. Sie konnte er nicht einsperren. Mit all seiner Unterdrückung konnte er mich nicht davon abhalten, an eine gemeinsame Zukunft mit ihm zu denken. Sein brutales Vorgehen gegen die Intifada konnte mich nicht entmutigen, von einer friedlichen Koexistenz mit ihm zu träumen.

Ich habe einen Traum, den ich hege und pflege wie mein eigenes Kind. Denn dieser Traum ist in eine Welt voller Albträume geboren worden. Ich habe einen Traum, daß ich eines Tages aufwache und auf dem geographischen Landstrich Palästina, zwischen dem Mittelmeer und dem Jordan, zwei Staaten sehe, ein Israel und ein Palästina. Zwei Staaten, die es gelernt haben, diesen kleinen Streifen Land unter sich zu teilen. Ihre beiden Völker haben sich überzeugen lassen, daß ihre Schicksale nicht mehr voneinander zu trennen sind und daß es nur ein gemeinsames Überleben gibt oder ein gemeinsames Zugrundegehen.

Das Israel, von dem ich träume, ist ein Israel, das sich nicht mehr von der Stimme der falschen Propheten verführen läßt und nicht mehr dem Traum von Groß-Israel nachhängt und nicht mehr als expansionistische Kolonialmacht im Nahen Osten erscheint. Vielmehr ein Israel, das gelernt hat, sich in das Gebilde des Nahen Ostens einzuordnen, sich an seine Umgebung anzupassen, ohne jedoch seine Identität als Staat, Volk und Religion aufzugeben.

Das Palästina, das ich vor mir sehe, ist ein Palästina, das sich seine Zukunft von keinem der arabischen oder westlichen Staaten diktieren läßt. Ein Palästina, das es gelernt hat, daß die Geschichte nicht rückgängig zu machen ist und daß Israel nunmehr zur gegenwärtigen und künftigen Geschichte gehört.

Ich habe einen Traum von Israel und Palästina, die nicht durch eine Berliner Mauer getrennt sind. Eine Mauer ist schon viel zu viel, wir brauchen keine zweite! Die Tage des Kalten Krieges sind vorbei. Waffenstillstand und ständiger Kleinkrieg sind nicht genug. Israel und Palästina brauchen keine Mauern als Garantie. Ihre einzige Garantie ist der Friede, der echte, der gerechte und wahrhafte

Frieden.

Israel braucht diesen Frieden, um nicht in einem nuklearbewaffneten, aber isolierten Ghetto im Nahen Osten leben zu müssen. Palästina braucht den Frieden, um ohne Angst neben dem mächtigen Israel leben zu können. Die Sicherheit beider Staaten kann nur durch gerechten Frieden gewährleistet werden. Ohne Frieden gibt es keine Sicherheit und kein Überleben.

Israel und Palästina, an die ich denke, haben keine Mauer, weil sie Frieden haben. Jerusalem, von dem ich träume, hat kein Mandelbaumtor mehr. Es ist eine offene Stadt, groß genug, um unter ihren Fittichen die Hauptstädte beider Staaten zu beherbergen. Ihre Gassen und Straßen sind lang genug, um die Angehörigen aller monotheistischen Religionen und Menschen aller Nationen aufzunehmen. Jerusalem, Al Quds, wird die Stadt sein, von der der Psalmist sagt, daß man in ihr zusammenkommen wird.

Ich habe einen Traum von zwei Staaten, die in Frieden miteinander leben und deshalb ihr größtes Kapital nicht für den Schrott der Waffenkonzerne vergeuden. Zwei Staaten, die ihre Kräfte nicht für Aufrüstung verwenden, sondern für den Aufbau einer gesunden Wirtschaft, die sich auf soziale Gerechtigkeit gründet. Die Leiden und Verfolgungen, durch die beide Völker gegangen sind, haben auch viele soziale Not und Probleme unter ihnen entstehen lassen, deren Lösung die beiden Staaten viel Geld und Kraft kosten wird. Diese Leiden und Verfolgungen haben aber beide Völker verfeinert. Beide haben Wissenschaft aus den besten Quellen der Welt geschöpft, beide verfügen über unschätzbare subtile Talente und Fähigkeiten. Was für ein Segen für den ganzen Nahen Osten könnte es sein, wenn beide Völker wissenschaftlich zusammenarbeiten würden! Welch ein wirtschaftliches Zentrum könnte dort gebaut werden! Was für eine lockende Oase könnte dort entstehen, die alle Nationen anzieht.

Ich habe einen Traum von zwei Staaten, in denen sichtbar wird, daß sie die Wiege der drei monotheistischen Religionen sind. Sichtbar nicht nur an den alten Steinen der Klagemauer, an der Auferstehungskirche und am Felsendom, sondern an den Menschen selbst, an Juden, Christen und Muslimen. An ihrem Umgang miteinander, mit der ihnen zur Verfügung gestellten Freiheit und Macht wird etwas von der Heiligkeit ihres Gottes sichtbar.

Ich denke an zwei Staaten, die den Namen Gottes heiligen und ihn nicht für die eigenen Interessen oder gar zur Unterdrückung anderer mißbrauchen. Daß in ihnen Gottes Gesetze geachtet werden, wird darin sichtbar, daß sie die Menschenrechte einhalten und schützen. Denn Religionen sind keine Waffen gegen Menschen, Völkergruppen oder Regierungen, sie stehen im Dienst aller Menschen.

Ich habe einen Traum von zwei Staaten, die täglich üben, was in ihren Unabhängigkeitserklärungen geschrieben steht. Zwei Staaten, die die Glaubens- und Meinungsfreiheit aller ihrer Bürger – von Juden, Christen, Muslimen, Religiösen und Atheisten, Liberalen wie Fundamentalisten – respektieren, achten und schützen. Allen wird die Freiheit gegeben, sich zu äußern und zu entfalten, und verwehrt, die Freiheiten anderer anzutasten.

Ich habe einen Traum von zwei Staaten, die eng zusammenarbeiten, um die Wunden ihrer Völker und Bürger zu lindern und zu heilen. Bei den Juden hat das Trauma des Holocaust viele Wunden und Ängste hinterlassen, die überwunden werden müssen. Die Wunden der palästinensischen Flüchtlinge und Vertriebenen bluten noch und verlangen nach Heilung. Beide Völker müssen von vielen Ängsten, von Bitterkeit, Mißtrauen und Schmerz geheilt werden. Es braucht unser aller Anstrengung, damit die demonstrierenden palästinensischen Jugendlichen und die schießenden is-

raelischen Soldaten, die palästinensischen Gefangenen und ihre israelischen Gefängniswärter, die verängstigten Israelis und Palästinenser, alle an eine gemeinsame Zukunft in zwei Staaten denken und sich dafür einsetzen.

Das ist mein Traum, und ich frage Sie: Ist er zu schön, um wahr zu sein? Zu vernünftig, um Wirklichkeit zu werden? Das ist mein Traum. Glaubt man an ihn, so ist er keine Illusion mehr. Arbeitet man an ihm, so ist seine Verwirklichung nicht ganz fern. Verwirft man ihn aber, dann verfallen wir alle, wirklich alle, in einen schrecklichen Albtraum!

Auswirkungen des Konflikts auf die israelische und die palästinensische Literatur – Aktivitäten von Künstlern von Nissim Calderon

Bei der Darstellung der Beziehungen zwischen Literatur und Politik will ich mit der Politik anfangen und dann über das literarische Leben etwas sagen.

Doch zunächst eine Vorbemerkung: Feisal Hussein, Emile Habibi und Mitri Raheb wissen, daß die Mehrheit der Palästinenser mehr oder weniger ihrer Meinung sind. Doch den Zuhörern muß klar sein, daß wir Juden hier innerhalb Israels nur 5 bis 6 % der jüdischen Bevölkerung in Israel repräsentieren. Das ist ein sehr entscheidender Punkt, besonders für die, die die Situation ändern wollen. Wir müssen genau wissen, wie stark wir sind! In diesem Punkt liegt schon die erste Beziehung zur Literatur, denn ich glaube, daß es das vordringlichste Bemühen eines Schriftstellers sein sollte, präzise zu sein, Worte so zu gebrauchen, daß jedes eine ganz spezifische Bedeutung hat. Bevor ich fortfahre, möchte ich das Gedicht einer israelischen Lyrikerin vortragen, das gerade gestern in der Zeitung stand – ich habe Rachel Freudenthal um eine Übersetzung gebeten, die Ihnen eine gewisse Vorstellung davon geben kann. Hintergrund des Gedichts ist die Verhaftung von vier Mitgliedern einer israelischen Eliteeinheit wegen Grausamkeiten zu Beginn der Intifada; die vier wurden verhaftet, obwohl viel mehr Soldaten daran beteiligt waren. Sie sollen viele Palästinenser zu Tode geprügelt haben. Einen Mann, der sich mit seinem Sohn dort befand, haben sie so lange und brutal zusammengeschlagen, daß er darum bat, ihn doch zu töten, und sie haben immer noch weiter geschlagen! Diese vier Soldaten wurden vor Gericht gestellt. Sie haben alle lächerlich niedrige Strafen bekommen, sechs oder neun Monate Gefängnis. Und ich glaube, sie werden nicht einmal diese Zeit im Gefängnis absitzen müssen. Dazu hat die Lyrikerin dieses Gedicht geschrieben:

Was hat sie zu sagen, was hat sie zu sagen,
Was hat sie noch zu sagen?
Sie hat eine verdrehte Leidenschaft fürs Leiden.

Die Landschaft in unserem Land ist schön,
Wein hängt auf der Höhe des Berges,
Die Schatten der Wolken über der Ebene und Licht.
Ein begrenztes Stück Land,
Auch drei Reihen Olivenbäume,
Die man der Straße wegen herauszog.
Drei alte Frauen mit herausgezogenen Zähnen.
Wegen Alter, was sonst?
Nicht alles ist Gewalt.

Warum gerade an diesem reinen Samstag,
Diesem glücklichen Samstag,
Schleicht sich die Erinnerung an jenen Mann ein,
Den man durch Schläge getötet hat?
Ihn und seinen Sohn könnt ihr nicht an einem Tag töten.

Der Schatten einer kleinen Wolke legte sich über die Ebene.
In Sichron-Yakov birst die Kelter an der Fülle von Traubensaft,
Und unsere Scheuer ist voll.
Das Wasser hat die Täler gefüllt.
Unter dem umgestürzten Stein kriecht ein Skorpion hervor.
Das Lied der Natur.

Jenen Araber töteten sie durch Schläge,
Sie haben seinen Körper tatsächlich mit Schlägen zerfetzt.
Aber nicht in Sichron Yakov und nicht in Maskeret Batya,
Diese Dörfer liegen braun, schlafend und schön in der Landschaft.

Was hat sie zu sagen, was hat sie zu sagen?
Sie sucht nur danach, zu leiden und etwas Böses zu sagen.
Sie ist nicht eine von uns.
Sie sieht nicht das Gute und Schöne im Leben.
Sie sieht uns nicht wie der Wind.
Wir sind heim ins Land gekommen.

Um die politische Situation in Israel zu verstehen, muß man sich klarmachen, daß zwischen dem, was in den besetzten Gebieten vor sich geht, und dem Leben in Israel selbst unvorstellbare Differenzen bestehen. In den besetzten Gebieten geschehen jeden Tag zu Grausamkeiten, jeden Tag wird der Alltag gestört. Die Intifada ist deshalb ausgebrochen, weil das Leben für die Kinder und für alle Menschen praktisch unmöglich geworden ist. Wohingegen auf der anderen Seite der grünen Linie die meisten Israelis ein normales Leben führen. Das Leben der Mehrheit der Israelis wird kaum gestört. Das ist eine Tatsache. Eine weitere Tatsache ist, daß zu dem normalen Alltag noch ein starkes Gefühl des Konsenses hinzukommt. Man darf nicht vergessen, daß die Juden in Israel in erster Linie Flüchtlinge sind. Sie kamen, nachdem ihnen schreckliche Dinge passiert waren, aufgrund vielfältiger Formen von Antisemitismus. Daher sind sie traumatisiert, und es steckt etwas Traumatisches in der Psyche der Menschen und der Gesellschaft Israels. Daher bedeutet ihnen Konsens sehr viel. Die Tatsache, daß die derzeitige Regierung sich aus den zwei großen Parteien zusammensetzt, ist Ausdruck dieses Konsenses. Ein weiterer Faktor ist die Tatsache, daß die Klassenunterschiede unter den Juden in Israel nicht mehr so ausgeprägt sind. Es gibt in Israel nicht, wie in vielen europäischen Staaten, zwei getrennte Gesellschaften, die der Reichen und die der Armen. In Israel haben wir im Prinzip eine Gesellschaft, eine Kultur.
Auf der Auffassung, dieser Konsens spreche dafür, basiert die Fortdauer der Besatzung. Ein weiterer Faktor ist die zentrale Bedeutung der Armee in der israelischen Gesellschaft, die Gideon Spiro erläutert hat. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Existenz des israelischen Staats dreißig Jahre lang von den arabischen Ländern und von der PLO nicht akzeptiert worden ist. Daher gibt es eine große Angst unter den Israelis. Die einzige Chance der Friedensbewegung in Israel liegt darin, sich

über all diese Tatsachen im klaren zu sein: über den Konsens und die Tatsache, daß er sehr ausgeprägt ist, über die Traumen und die Ängste der Israelis. Wir müssen uns weiterhin klarmachen, daß wir eine kleine Gruppe mit begrenzten Möglichkeiten sind, die wir aber ausschöpfen müssen. Wir müssen uns klarmachen, daß – bei aller Stärke des Konsenses – der Hauptbruch in der israelischen Gesellschaft zwischen den Juden aus den europäischen Ländern und den Juden, die aus der „Dritten Welt“ kommen, liegt. Vor allem dieser Bruch ist für den gegenwärtigen Rechts-Trend verantwortlich. Das Bündnis der Rechten, unter ihnen auch Faschisten, wird vor allem von Juden unterstützt, die aus der „Dritten Welt“ gekommen sind. Denn sie glauben, die Juden aus den europäischen Ländern und besonders die Arbeiterbewegung schaue auf sie herab. Und wir in der Friedensbewegung sollten uns bewußt sein, daß viele Juden aus der „Dritten Welt“ auch uns als Privilegierte betrachten, die es sich leisten können, für Frieden zu kämpfen. Denn diese Menschen müssen um ihr Brot kämpfen.

Wenn wir all dies zusammennehmen, ist es genau das, worum es in dem Gedicht geht. Am Anfang heißt es dort, daß die Menschen sagen: „was hast du zu sagen“ – was habt ihr uns zu sagen, welches Recht habt ihr, uns etwas zu sagen; welches Recht habt ihr, uns das Leben hier zu vermiesen. Und unsere, der Friedensbewegung, einzige Chance ist, ihnen zu sagen, daß Grausamkeit das Leben unmöglich macht und daß die Besatzung eine ständige Grausamkeit ist, daß die Besatzung zwangsläufig zur Grausamkeit führt und es auch Tag für Tag tut. Daß die Grausamkeit in jeden Bereich der israelischen Gesellschaft eindringt. Ein Schriftsteller muß sehr gewissenhaft sein und sich die Situation genau ansehen. Nehmen wir z.B. den letzten Satz des Gedichts. Auch wenn Rachel ihr Bestes getan hat, letztlich ist er nicht übersetzbar. Auf Hebräisch bedeutet er viel mehr als „Wir sind in dieses Land gekommen“. Er ist ein zionistischer Slogan voll zionistischer Leidenschaft und bedeutet unter anderem: „Wir sind hierher gekommen, um ein ganz normales Leben zu führen. Denn wir hatten vorher keinen Ort für ein normales Leben.“ Hier könnten wir ansetzen, der Nationalkonsens könnte ein Hauptangriffsziel der israelischen Friedensbewegung sein, doch der Angriff sollte intelligent sein, nicht dumm. Natürlich machen wir alle Fehler, auch wir in der Friedensbewegung haben Probleme und machen Fehler – beispielsweise kommen wir nicht daran vorbei, mit den Juden aus der „Dritten Welt“ zu reden, um sie auf unsere Seite zu ziehen, und eine Sprache dafür zu finden. Wir dürfen sie uns nicht entfremden.

Es gibt auch eine große Gruppe von Religiösen, die uns gegenübersteht. Darunter sind Faschisten wie Kahane und andere. Wie Sie von Gideon Freudenthal schon gehört haben, es gibt tausend verschiedene Arten von Bösewichten. Ich muß aber auch einmal sagen, daß es außerdem viele Arten von politisch vernünftigen Menschen gibt. So haben wir zum Beispiel festgestellt, daß es in den religiösen Parteien auch „Tauben“ gibt, und zwar mehr als wir dachten. Sogar mehr als wir vom 21. Jahr: Wir nehmen das Gesetz nicht mehr ernst, denn wenn das Gesetz in Israel zuläßt, daß man Häuser zerstört und Kinder umbringt oder sie deportiert, dann ist das Gesetz für uns nicht länger akzeptabel. Nun, auch viele Religiöse nehmen aus religiösen Gründen das Gesetz nicht ernst. Manche benutzen die Religion wie Kahane, doch andere verstehen sie als Humanismus, und das heißt, sie sind unsere Verbündeten.

Wir müssen also sagen, daß die einzige Art und Weise, wie wir die Besatzung bekämpfen können, die ist, den Konsens zu durchbrechen. Sonst, wenn die israelische Gesellschaft an diesem Konsens festhält, liegt die einzige Chance für ein Ende der Besatzung im amerikanischen Druck – ohne daß wir einen Beitrag leisten. Wollen wir aber dazu beitragen, dann müssen wir den Konsens durchbre-

chen.

Doch es gibt noch viele andere Gefahren. Eine davon ist, daß die verschiedenen Fraktionen der Friedensbewegung – Rachel hat einige aufgezählt – einander bekämpfen: Wer ist linker, radikaler, heiliger? Es gibt natürlich keine Heiligen in der Besatzung, und auch sonst nicht, niemand ist ein Heiliger. Wir stecken in einer dreckigen Situation. Jeden Tag werden Menschen umgebracht, und da kann es weiß Gott keine Heiligen geben! Wie die Chinesen sagen: Laßt viele Blumen blühen – die vielen Fraktionen sollen so leben, wie sie wollen. Es ist sogar gut, daß es so viele verschiedene Fraktionen gibt. Aber wir müssen auch jede Fraktion für sich allein arbeiten lassen. Denn wenn wir das nicht tun, würden wir die Protestmöglichkeiten beschränken. Wir müssen besonders den Juden aus der „Dritten Welt“ gegenüber sensibel sein, aber auch den Religiösen und den Traumen gegenüber. Unsensibilität gegenüber Fraktionen, mit denen wir nicht übereinstimmen, ist auch für uns selbst gefährlich.

Daher ist die Literatur, die die Dinge in ihrer Komplexität beobachtet und darstellt, für mich so wichtig. Die Befürchtungen und Ängste, die mit dem Konsens zusammenhängen, der in der Westbank und in Gaza die Grausamkeit zur Normalität macht, können uns helfen. Sie können uns sogar helfen, um radikaler zu sein. Ich persönlich finde, wir sind an einem Punkt angekommen, wo wir das Recht, das Gesetz brechen müssen, entweder militant oder zivil. Und wir tun es auch, durch zivilen Ungehorsam.

Ich möchte noch ein Wort über das Schriftsteller-Komitee sagen. Dazu gehören Emilie Habibi und andere Autoren, auch ich. Es ist wichtig, denn es ist die einzige Organisation, die Juden und Palästinenser – nicht nur Araber mit israelischer Staatsangehörigkeit –, also auch Schriftsteller aus den besetzten Gebieten einschließt. Schriftsteller können jedoch nicht nur symbolische Aktionen machen. Wir können auch sehr viel zerstören, auch bei uns können wir etwas zerstören, wenn wir meinen, eine symbolische Aktion sei eine tatsächliche, politische Reaktion. Eine Aktion ist es erst, wenn wir zusammensitzen und zusammen darüber nachdenken, wie wir den Konsens in einer ganz bestimmten Art und Weise, zu einem bestimmten Zeitpunkt durchbrechen können und es dann auch tun. Z.B. hat die PLO ein Schiff mit Menschen organisiert, die exiliert worden sind. Wenn sie nun sagt, das sind Menschen, die nach 1967 ausgewiesen worden sind, dann heißen wir das Schiff willkommen. Wir haben berücksichtigt, daß sie 1967 gesagt haben; wenn sie das nicht getan hätten, also das „Rückkehrrecht“ eine Rolle gespielt hätte, wäre das für uns sehr problematisch gewesen. – „Rückkehrrecht“ heißt nicht unbedingt, daß die Palästinenser dasselbe tun sollen, was früher der jüdische Staat getan hat, aber manchmal wird es natürlich so verstanden. – Aber da sie sagten, es gehe um die nach 1967 Ausgewiesenen, war es kein Problem, wir haben das Schiff willkommen geheißen. Ein anderes Beispiel ist von 2 ½ passiert. Israel feierte sein 40jähriges Bestehen. Die Regierung wollte ein Dichter-Fest veranstalten und hat viele von ihnen aus der ganzen Welt eingeladen. Vor diesem Festival haben einige unserer Mitglieder gesagt: „Die Unabhängigkeit Israels ist auch unsere eigene Unabhängigkeit, sie ist uns teuer, wir vergessen auch den Antisemitismus nicht. Israel ist uns Juden und all seinen Bürgern, einschließlich der Araber, ein teures Land. Doch seit die Intifada immer schrecklicher unterdrückt wird, hat sich die Situation geändert. Wenn es nur darum ginge, 40 Jahre Israel zu feiern, würde ich teilnehmen, aber nicht, wenn die israelische Regierung dazu einlädt, die den Befehl zum Knochenbrechen gegeben hat.“ Wir haben also gesagt, es ist genug, und den ausländischen Autoren gesagt, sie sollten nicht kommen, da das Festival von der israelischen Regierung organisiert worden ist. Wir könnten es nicht unterstützen, daß

morgens der Befehl gegeben wird, Knochen zu brechen, und abends von derselben Regierung ein fröhliches Fest gefeiert wird. Das ist der Unterschied: Wenn die Veranstaltung nicht von der Regierung organisiert worden wäre, wären wir gekommen. Denn selbstverständlich haben die Menschen in Israel ein Recht, Feste zu feiern, und sie haben dieses Recht auch wahrgenommen, ebenso wie die Palästinenser. Deshalb würden wir an einem Festival teilnehmen, das von einer privaten Organisation veranstaltet würde, aber nicht an einem Fest der Regierung.

Was ich Ihnen damit zu sagen versuche ist, daß wir unsere literarische Sensibilität, unsere Verantwortung für Worte und Nuancen nutzen. Sie können uns helfen, auch in sehr schwierigen Situationen, vor allem dann, wenn wir gegen das Gesetz verstoßen – gerade dann brauchen wir Sensibilität.

Pessoptimistische Aussichten vom Emile Habibi

Ich habe den Vorteil, daß ich gebeten wurde, über dasselbe Thema sprechen, über das ich bereits vor zwei Tagen bei einem sehr interessanten Schriftstellertreffen gesprochen habe. Dieses Treffen fand in Budapest mit über hundert bekannten Schriftstellern aus Israel, den arabischen Ländern, den Vereinigten Staaten, England, Frankreich, Indien und der Sowjetunion statt. Das Thema dort war die Kontroverse über Rolle und Einfluß des Schriftstellers, über die auch mein Freund Nissim Calderon hier gesprochen hat. Sie war auch das Hauptthema in Budapest.

Dabei geht es gewiß nicht um eine Frage, die sich nur den Schriftstellern in Israel stellt, sondern eine Frage der ganzen Moderne. Schriftsteller, das ist in der Geschichte zu sehen, haben stets nicht nur eine wichtige, sondern manchmal auch eine entscheidende Rolle im Kampf für Gerechtigkeit gespielt. Ich will von meinen eigenen Erfahrungen ausgehen: Ich betätige mich auch politisch und kämpfe für Gerechtigkeit und Frieden, gegen Unterdrückung. Aber ich hatte immer das Gefühl, daß meine literarische Arbeit effektiver ist als meine politische. Damit meine ich, daß nicht meine Beteiligung an Demonstrationen als Schriftsteller oder als Politiker in Frage steht, sondern das, was ich schaffe.

In Budapest hatte ich einen Vortrag über die Frage der Intifada zu halten: Was für ein Geheimnis steckt hinter der Intifada, die doch etwas Neues im Kampf der Menschen um Freiheit ist? Wie können Menschen fast ohne Waffen im Kampf bestehen, und das jetzt schon seit 19 Monaten, gegen die Besatzung einer sehr gut ausgerüsteten Armee? Wie wagen sie das überhaupt – in dem Wissen, daß sie getötet werden können, daß sogar Kinder getötet werden? Nicht ich habe das Geheimnis entdeckt, ich bin durch meine literarische Arbeit darauf gestoßen, doch als erster hat das Geheimnis ein jüdischer Soziologe gelüftet. Das palästinensische Volk in den besetzten Gebieten hat diese Art von Widerstand auf dem Hintergrund seiner und auch unserer Erfahrungen in Israel leisten können. Die Palästinenser waren imstande, in der Uniform der israelischen Soldaten das menschliche Wesen, den Menschen zu sehen und anzusprechen. Das ganze Geheimnis ist, daß sie dazu imstande waren, ihre Energie zu humanisieren, den Feind auch Feind zu nennen und die menschlichen Augen ihres Feindes zu sehen. Wir haben uns gefragt, wo ist das menschliche Wesen im israelischen Soldaten, wie kommt es, daß seine Hand nicht zittert, wenn er mit seinem Gewehr auf ein sechsjähriges Kind zielt, und wenn er dieses Kind tötet? Was geschieht da? Und es gibt noch ein Geheimnis, und zwar das, daß dieser Soldat durch die Propaganda dazu gebracht wurde, die Palästinenser entmenschlicht zu betrachten. Das ist der Punkt, an dem wir als Schriftsteller eine Rolle spielen.

Um meinem Volk zu helfen, habe ich vielfach versucht, den israelischen Aggressor, den israelischen

Besatzer menschlich zu sehen, und umgekehrt tun meine jüdisch-israelischen Kolleginnen und Kollegen das gleiche. Auch sie versuchen, auch sie versuchen auf die öffentliche Meinung in Israel einzuwirken und zu zeigen, daß ihr Gegner auch ein Mensch ist. Ich denke, das ist der wesentliche Punkt. Er gibt den PalästinenserInnen, die gegen die Besatzung kämpfen, Zuversicht, denn wenn sie wissen, daß der Soldat ein Mensch ist, wissen sie auch, daß sie ihn besiegen können. Es geht nicht um die Tatsache, daß er ein Gewehr und sie einen Stein haben, sondern darum, daß sie trotz dieser Tatsache jene andere sehen, daß er ein Mensch ist.

Auf der anderen Seite, wie schon gesagt, tun jüdische KollegInnen und Freunde das gleiche. Sicher, wir müssen noch mehr tun. Aber, um das deutlich zu sagen, wenn wir unsere Freunde auffordern, mehr für die Völkerverständigung und einen gerechten Frieden zu tun, so meinen wir damit, daß sie mehr tun sollen im Bereich der Literatur: Daß sie ihren Büchern mehr humanistische Tiefe geben sollen.

Damit komme ich zu der Frage, mit der wir ständig konfrontiert sind und die uns die Arbeit manchmal schwer macht, zur Frage der gegenseitigen Unterstützung der Friedenskräfte, der arabischen und der jüdischen oder der palästinensischen und der israelischen. Ich war immer der Meinung, daß es richtig ist, wenn meine jüdischen KollegInnen darum gebeten haben, und werde auch weiterhin der Meinung sein, daß sie die Hilfe ihrer palästinensischen KollegInnen, die für Frieden kämpfen, brauchen. Aber ich muß auch sagen, daß es offenbar leichter ist, hier in Berlin Zugeständnisse zu machen. Wir betonen die Notwendigkeit, die KollegInnen auf der Besatzerseite mehr zu unterstützen, doch wir müßten auch den arabischen KollegInnen mehr Unterstützung zukommen lassen, die nicht verstehen, auf welchen Berg wir steigen mußten, und zwar aus unserer eigenen Kraft. Denn sie haben ihre eigenen Berge, und die sind zahlreich und höher. Niemand kann unsere Berge ersteigen, es sei denn wir selbst, und niemand kann ihre Berge ersteigen, es sei denn sie selbst. Erst wenn wir auf die Spitze unseres Berges kommen und sie auf die Spitze des ihren, werden wir imstande sein zu sehen, wer der Wächter jenes gerechten Friedens ist, über den unser Freund Mitri Raheb hier so eloquent gesprochen hat – und ich hoffe, sein Traum wird nicht einer unter vielen bleiben.

Noch einen Punkt will ich hier ansprechen: Wir wissen alle, wie die offizielle Haltung der arabischen Länder aussieht. In Israel sind wir, Araber und Juden gemeinsam, solidarisch mit der Intifada – solidarischer als jedes andere arabische Land. In Damaskus beispielsweise wäre es nicht möglich, eine Veranstaltung wie diese hier abzuhalten. Ich schäme mich nicht dafür, aber es ist eine Schande, und es sollte kein Vorwand sein für das Schweigen Europas und Amerikas. Das Gewissen schweigt also. Ihr hier dagegen tut etwas, und manchmal denke ich, ihr tut vielleicht mehr als wir. Mehr als Nissim Calderon etwa tut. Und er und andere kommen hierher, um euch zu sagen: Mehr kann ich nicht tun. Dabei hat er das Gefühl, daß es ihm unangenehm ist, wenn er sagt, er kann nicht mehr tun, während Kinder getötet werden. Warum werdet ihr nicht laut, wie ihr ja auch mit vollem Recht aufschreit, wenn ein unschuldiger Israeli getötet wird? Ich werde mit euch zusammen laut! Wer sagt, das Gewissen Europas sollte schweigen? Warum sollte es schweigen? Ich versuche, verschiedene Geheimnisse zu ergründen. Einige Erfahrungen habe ich am eigenen Leib gemacht. Ich glaube den arabischen Ländern und ich glaube den Israelis. Ich gehe dahin und dorthin und frage mich, was bekomme ich von Europa, was bekomme ich von den USA? Gewiß sage ich danke, danke sehr, für alles, was ihr tut. Doch ihr habt die Möglichkeit und ihr habt die Pflicht, die Bürgerpflicht, so laut zu schreien, daß die Himmel es hören können!

Zähes Ringen um Verhandlungen von Feisal Hussein

Als ich zum ersten Mal las, daß ich hier über das „zähe Ringen um Verhandlungen“ reden soll, dachte ich zunächst, man habe mir versehentlich einen falschen Titel mitgeteilt. Denn wenn ich kämpfen will, habe ich ein bestimmtes Ziel vor Augen, und dann will ich nicht über Verhandlungen reden müssen: Was ich möchte, ist ja, was *nach* den Verhandlungen kommt. Diese Verhandlungen sind für uns lediglich *eine* Möglichkeit, um zu unserem Ziel, zu unserem Recht zu kommen. Ich will also über den Kampf des palästinensischen Volkes für seine Rechte reden, einschließlich des Rechts, über ihre eigenen Probleme selbst zu verhandeln.

Wir bekennen uns zu unserem Kampf als Palästinenser. Wir haben damit schon am Anfang dieses Jahrhunderts, in den zwanziger Jahren begonnen. Wir haben um zweierlei gekämpft: Um die Unabhängigkeit unseres Staates und Volkes gegen das britische Mandat, und für die Einheit unseres Landes gegen die zionistische Bewegung. Wie jedes andere Volk sein Land natürlich gegen jeden, der von außen kommt, verteidigt und innerhalb dieses Landes jede Art von Staat und Regierung selbst bilden will. Wir haben weitergekämpft; vieles hat sich verändert, aber das Hauptziel unseres Kampfes ist dasselbe geblieben: die Unabhängigkeit vom britischen Mandat und die Einheit unseres Landes. Während dieses Kampfs hatten wir immer die Hoffnung darauf, mit Verhandlungen beginnen zu können. Doch dann wurden wir in der Region von anderen Mächten bedroht, und wir hielten daran fest, Verhandlungen oder überhaupt Vereinbarungen nur von einer ganz bestimmten Position aus zu führen, daß sie nämlich von der Situation während der britischen Mandatszeit ausgehen, in der das Recht der Juden auf einen Staat geschaffen wurde. Zu dieser Zeit wurde unser Land aufgeteilt, und gegen diese Aufteilung kämpfen wir. Deshalb weigern wir uns, irgendwelche Verhandlungen zu beginnen, in denen der Ausgangspunkt 1948 ist. Soviel zur Geschichte.

Wir haben gekämpft, wir haben unser Bestes getan, aber 1948 haben wir den Kampf verloren. Wir haben nicht nur unsere Dörfer und unser Land verloren, sondern vor allem haben wir unsere soziale Pyramide verloren. Wir sind ein Volk von Flüchtlingen geworden, das sich aus Gruppen zusammensetzt, die unter mehr als einem Regime leben, in mehr als einem Land. In Gaza etwa unter der ägyptischen Militärregierung, einige im Libanon, andere Jordanien, einige in Israel, andere in Syrien. Unsere damaligen Führer erkannten nicht, daß die soziale Pyramide zerstört worden war, und versuchten uns weiter so zu führen, als bestünde die Pyramide von vor 1948 noch. Deshalb hat innerhalb von zwei Jahren eine neue Periode begonnen: Wir waren ein Volk nicht nur ohne Land und Heimat, sondern ein Volk ohne Führer. Wir wollten natürlich alle für unsere Rechte kämpfen, aber wir hatte keine Führung. Natürlich haben wir trotzdem für unsere Rechte gekämpft, einige von uns versuchten es über arabische Parteien, einige über andere arabische Regime. Aber es ist nie dazu gekommen, daß wir alle gemeinsam, als Volk unter *einer* Führung, für unsere Rechte gekämpft haben. Das ging so bis 1967, als die israelische Armee die Westbank und den Gaza-Streifen besetzte. Dadurch entstand eine neue Situation, eine neue Gelegenheit für uns, miteinander zu kommunizieren. Wir befanden uns nicht nur unter der israelischen Besatzung, sondern auch in anderen arabischen Ländern, in Jordanien, in Syrien und im Libanon. In gewisser Weise waren wir nach dem Krieg freier: Wir konnten gehen und uns verständigen, und innerhalb von Wochen gelang es uns, eine neue Führung aufzubauen, die PLO. Unter dieser Führung haben wir dann angefangen, gegen die Besatzung und die Besatzer in den besetzten Gebieten zu kämpfen. Doch

sei es, weil wir kleines Volk sind, vielleicht auch nur, weil wir kein Geld hatten oder weil wir keine starke Organisation hinter uns hatten und selbst nicht gut organisiert waren, sei es aus all diesen Gründen zusammen – nach ein bis zwei Jahren wurden wir, als Struktur zumindest, aus den besetzten Gebieten verdrängt. So haben wir begonnen, die Besatzer nicht mehr von palästinensischem Boden aus, sondern aus anderen arabischen Ländern zu bekämpfen, von Jordanien und Syrien aus. Das hat uns vor neue Probleme gestellt. Die PLO kämpfte und litt nun unter den Widersprüchen und dem Widerstand der Menschen in unseren Gastländern. Sie mußte sich an Kämpfen beteiligen, von denen wir nie geträumt hatten. Plötzlich gab es Kämpfe in Amman, in Tel Al-Zatar, in Ostjordanien, im Libanon, manchmal nur gegen die Kataijeb, manchmal gegen die Amal-Milizen, manchmal auch nur um zu überleben. Das lag alles völlig außerhalb unserer Kontrolle, doch wir kämpften klugerweise unter einer Führung. Wir, die Menschen, die in den besetzten Gebieten geblieben waren, schauten zur PLO auf, für uns war sie die Hoffnung auf eine palästinensische Armee, die irgendwann einmal käme und uns befreien würde.

Ein Teil von uns hat wirklich gekämpft und alles getan, was möglich war, um unser Ziel zu erreichen. Doch die meisten von uns haben gelebt und gearbeitet und lediglich zugeschaut und gewartet, bis die PLO uns befreien würde. Natürlich wurden die ganze Zeit auch Fragen gestellt, wo immer Palästinenser zusammensaßen – ich spreche jetzt über die Mehrheit der Palästinenser. Man fragte sich, warum hat die PLO dies gemacht und nicht das? Aber das waren Fragen, in erster Linie warteten wir und versuchten, unser Leben unter den Besatzern aufzubauen. Das war unser Beitrag in diesem Kampf.

Das dauerte bis 1982, bis die israelische Armee die Palästinenser im Libanon angriff. Wir, die Palästinenser in den besetzten Gebieten, haben wieder gesehen, daß es der israelischen Armee dort gelang, die PLO dort zu schlagen und sie schließlich aus dem Libanon zu vertreiben. Die Kämpfer wurden überall in die arabischen Länder zerstreut, weit weg von unserem eigenen Land. Dann sahen wir, daß die arabischen Länder die PLO nicht mehr so wichtig nahmen, daß sie sogar manchmal gegen sie kämpften. Dann wurden wir Zeugen der Spaltungen in der PLO. Doch zugleich waren wir Zeugen des 88tägigen Kampfes der PLO in Beirut, etwas, das noch keine arabische Armee geleistet hatte. Und wir sahen auch die Erfolge der PLO, wir sahen, wie sie anfang, die Flüchtlingslager zu verteidigen. All das, Gutes wie Schlechtes, brachte unser Volk in den besetzten Gebieten dazu, ihre Position zu überdenken und neue Fragen zu stellen. Diesmal lauteten unsere Fragen nicht mehr: Warum hat die PLO dies und jenes getan oder nicht?, sondern: Warum tun wir nicht dies und jenes? Warum unternehmen wir nicht auf diese oder jene Art etwas gegen die Besatzung? Wir machten uns also klar, daß wir selbst auch ein Teil der PLO sind. Und daß wir nicht nur ein Teil sein könnten, der wartet und zusieht, sondern ein Teil, der sich wirklich am Kampf beteiligt.

Diese Entwicklung wurde durch die Provokationen der israelischen Regierung gestört, die versuchte, die PLO ganz zu vertreiben. Sie glaubten wohl, jetzt sei es an der Zeit, die PLO ein für allemal zu zerschlagen. In dieser Situation entstand die Intifada. Die Intifada ist die Antwort auf all diese Fragen. Wir mußten etwas unternehmen. Wir wußten, daß es unsere Aufgabe ist, den Krieg zu gewinnen, den Kampf um die Freiheit aufzunehmen und nicht mehr nur zu warten.

Die Intifada begann im Jahre 1987. Natürlich war die PLO immer mit dabei. Die Intifada kam nicht einfach vom Mond, sondern sie wurde Stück für Stück aufgebaut. Doch die eigentliche Basis war die Minderheit, die die ganze Zeit über für die Befreiung gearbeitet hat. Nur deshalb ist es der PLO gelungen, die Intifada voranzutreiben. Die Intifada hat die Dinge faktisch wieder an ihren Ursprung

zurückgebracht: Wir haben wieder angefangen, auf palästinensischem Boden zu kämpfen. Wir haben aufgrund unserer eigenen Widersprüche, einschließlich dem der Besatzung, wieder angefangen zu kämpfen, und diesmal konnten wir mit ihnen umgehen. Wir sind schon richtig mit ihnen umgegangen, indem wir die Intifada begannen: Denn damit haben wir die Führung von all den Problemen befreit, die der Tatsache entsprangen, daß sie von anderen Ländern aus gekämpft hatten. Wir haben unsere Führung praktisch von der Kontrolle anderer arabischer Länder befreit, die die Politik der PLO mitbeeinflußten. Jetzt war es der PLO-Führung tatsächlich praktisch möglich, zu der National-Versammlung von 1988 zu kommen, und zwar mit einer neuen Friedensinitiative, der Zwei-staaten-Lösung. Das ist keine neue Lösung, es hat sie schon immer gegeben. Sie war auch für die PLO nicht neu, auch sie hat die Zweistaaten-Lösung schon immer gekannt. Ich kann sogar sagen, daß Arafat schon sehr lange auf diese Lösung aus war, und zwar von dem Moment an, als er jemanden wie Sartawi und Said Hamimi akzeptiert hat, die als erste darüber geredet hatten. Darüber war es innerhalb der PLO zum Kampf gekommen. Es war allerdings auch nicht leicht, von der Ein-staaten- zur Zweistaaten-Lösung zu kommen. Doch in dem Moment, als wir den Kampf auf unserem eigenen Territorium begannen, haben wir unserer Führung die Möglichkeit gegeben, diese Initiative zu ergreifen.

Was hat nun das alles mit dem Verhandeln zu tun? Nun, zum Verhandeln sind bestimmte Voraussetzungen nötig: Erstens muß man sehen, wer der Feind ist. Zweitens muß man wissen, was man mit diesem Feind tun will – ob man ihn bekämpft, bis er am Boden liegt, oder ob man eine bestimmte Lösung mit ihm erreichen will. Drittens muß man genau wissen, daß man sich selbst beherrschen kann, bis man unabhängig ist – d.h. daß man sich selbst kontrollieren und regieren kann, wenn man unabhängig wird, und zwar in naher Zukunft schon. Damit haben wir angefangen, glaube ich, allerdings erst in den letzten Jahren: Als wir den Punkt erreicht hatten, uns zu sagen, unser Feind sind die Israelis, doch wir wollen diesen Feind nicht vernichten, sondern mit ihm Friedensvereinbarungen treffen, und deshalb angefangen haben, unsere eigene Friedensbewegung aufzubauen. Und als wir uns entschieden haben, daß wir unsere eigene unabhängige Führung haben wollten – was uns übrigens in den letzten Jahren viele Kämpfe gekostet hat. Nun sind wir endlich in der Lage, zu verhandeln, weil wir jetzt, nachdem all das geklärt ist, das Gefühl haben, daß wir genug Kraft und genug Vertrauen in uns selbst haben, daß wir um Verhandlungen bitten können. Denn wir haben bereits eine klare Idee, wie die Zukunft aussehen soll.

Unsererseits haben wir unsere Aufgabe getan. Wir haben unseren eigenen Kampf gekämpft, bis wir zu dieser Lösung gekommen sind. Das war durchaus nicht leicht. Denn natürlich haben wir auch Träume, große Träume. Wir haben das Gefühl, daß das ganze Land uns gehört, denn wir glauben an die Geschichte, und die zeigt und beweist, daß es unser Land ist. Aber wir reden nicht nur über die Geschichte, wir beschäftigen uns nicht nur mit der Vergangenheit, sondern mit dem realen Leben und mit der Zukunft. Und deshalb sind wir zu dem Schluß gekommen, daß wir unser Land, dieses Land, mit anderen Menschen teilen können.

Das Problem, vor dem wir heute stehen, ist die Zusammenarbeit mit der anderen Seite. Denn sie hat sich bis heute nicht entscheiden können, wer ihr Feind ist. Sie müssen sich jetzt entschließen, zu sagen, ob die Palästinenser ihre Feinde sind, und sie müssen entscheiden, ob sie uns zerstören wollen, oder ob sie zu einer Lösung, zu einer Vereinbarung mit uns kommen wollen. Nur wenn sie sich für letzteres entscheiden natürlich, können Verhandlungen folgen, Verhandlungen mit dem palästinensischen Volk. Wir, die Palästinenser, kämpfen um Verhandlungen, denn nur durch Ver-

handlungen können wir unsere Unabhängigkeit erreichen und unsere Rechte erkämpfen. Unser Problem ist nun, wie wir zu Verhandlungen kommen, unter welchen Umständen sie möglich sind. Das ist für uns ein sehr großes Problem. Denn wir haben unseren Job schon getan, unsere Friedenskräfte sitzen schon in der palästinensischen Führung. Das Friedenslager ist sogar die Hauptströmung unter den Palästinensern. Das Friedenslager der anderen Seite ist hingegen nur eine Randerscheinung. Das ist nichts Neues, es ist schon seit Jahren so.

Wenn wir zu Verhandlungen kommen, wenn wir unsere Probleme lösen wollen, dann müssen wir mehrere Dinge tun. Zunächst müssen wir natürlich kämpfen, um zu zeigen, was wir wollen, daß wir unsere eigenen Forderungen und eine einzige, einige Führung haben. Zweitens müssen wir ein eigenes Ziel haben, das wir erreichen wollen, und das haben wir auch gesetzt: Wir haben eine Friedensinitiative, auf die wir hinarbeiten, für die wir eintreten können. Und darüber müssen wir nun natürlich mit der anderen Seite verhandeln, einen Dialog führen. Doch hier besteht wieder ein Problem: Eigentlich wollen und müssen wir diesen Dialog mit der israelischen Regierung führen. Aber wir sind gezwungen, ihn zunächst mit einer Randgruppe zu führen, mit der israelischen Friedensbewegung. Innerhalb dieser Friedensbewegung gibt es unterschiedliche Positionen, nicht alle teilen all unsere Ziele. Und so gehen wir in diesem Dialog Kompromisse ein und machen Konzessionen an Menschen von der anderen Seite, in deren Macht es gar nicht steht, die Dinge auszuführen. So haben wir das Gefühl, wenn wir uns innerhalb dieses Dialogs vorzubereiten versuchen, bis wir zur Mehrheitsströmung und zur israelischen Regierung vordringen, werden wir gar nichts mehr haben, was wir als Konzessionen anbieten können, weil wir sie alle schon vorher weggegeben haben – an Menschen, die nicht an der Regierung sind. Das ist, glaube ich, unser Hauptproblem, daß wir in den vergangenen Jahren bei dem Versuch, die Israelis und die Welt davon zu überzeugen, daß wir nicht gegen Israel als Staat und nicht gegen das israelische Volk eingestellt sind, schon sehr viele Konzessionen gemacht haben und nun an einem Punkt angelangt sind, an dem wir keine mehr machen können.

Wir sind an dem Punkt, daß wir uns prinzipiell dafür entschieden haben, in zwei Staaten zu leben, Seite an Seite mit den Israelis. Nun sagt man uns in Europa und in den Vereinigten Staaten: „Das habt ihr prima gemacht! Aber die israelische Regierung glaubt euch noch nicht, also macht doch bitte noch mehr Zugeständnisse.“ Das ist das Problem, dem wir gegenüberstehen. Doch ich glaube, wir können keine Konzessionen mehr machen. Jetzt ist der Zeitpunkt, an dem die ganze Welt, auch die Israelis, begreifen müssen, daß von jetzt an nichts anderes mehr möglich ist, als unsere Friedensinitiative auf den Tisch zu legen, vor jedermann, und darum zu bitten, sie wirklich gut zu diskutieren. Aber man muß verstehen, daß man uns nicht mehr bitten kann, noch mehr Konzessionen zu machen. Wir haben einen Punkt erreicht, an dem wir nichts anderes mehr tun können, als der anderen Seite unsere Friedensinitiative zu erklären und sie aufzufordern, sie anzunehmen. Es gibt keine Möglichkeit, weitere Konzessionen zu machen.

Sadaka-Re'ut, jüdisch-arabische Jugendbewegung für Koexistenz

Uri Smerling:

Ich werde Sie jetzt in einem kleinen Exkurs durch unser Biotop führen, eine Oase im Meer von Blut und Tränen, und ein bißchen über unsere jüdisch-arabische Jugendbewegung sprechen. Doch um über sie zu sprechen, muß ich einige Worte über die Lage der israelischen Jugendlichen im allgemeinen verlieren. Ich möchte behaupten, daß die politischen Vorstellungen, die bewußten und un-

bewußten Vorurteile und das persönliche Selbstbewußtsein der jüdischen Jugendlichen heute eine direkte Folge des Sechstagekriegs und der fortdauernden Besetzung der damals eroberten palästinensischen Gebiete sind. Deren unmittelbare Folge ist auf der anderen Seite auch die Intifada. Beide, der israelische Soldat mit dem Gewehr und der palästinensische Jugendliche mit dem Stein in der Hand sind also Söhne desselben Krieges.

Die jüdisch-israelische Jugend ist eine Nachkriegsjugend, d.h. sie ist nach dem Sechstagekrieg geboren und kennt keine andere Realität als die Realität der Besetzung, in der wir das Herrschervolk über ein anderes Volk sind. Aus den letzten 19 Monaten des Aufstands lassen sich zwar noch keine soziologisch gesicherten Schlüsse ziehen, doch es ist offensichtlich, daß die Begegnung zwischen jüdischen und arabischen Jugendlichen sich heute vor allem in Form roher Gewalt abspielt. Jeder Schlag, jede Erniedrigung des Soldaten zerstört in ihm selbst das menschliche Bild seines palästinensischen Gegenübers. Der Zionismus, das höchste Leitbild jedes jüdischen Jugendlichen, heute durch den Siedler und die Armee verkörpert, ist zu einer Ideologie der Gewalt und Unterdrückung geworden. Die jüdisch-israelische Jugend ist der Gewalt gegenüber wehrlos, die sie selbst ausübt. Die große Mehrheit reagiert darauf mit Flucht, entweder physischer Flucht ins Ausland, die einen vom regulären Militärdienst befreit, oder mit inner Flucht vor der Auseinandersetzung.

Ich möchte dazu aus dem Brief einer jungen Israelin zitieren, die gerade ihren regulären Militärdienst beendet hat. Der Brief ist vor zwei Wochen in der israelischen Tageszeitung Al Ha'Mishmar erschienen. Hier ein Auszug: „Wir, ich und meine Freunde, fliehen, und wie wir fliehen! Wir überlassen das Land den Levingers und Katzovers [rechtsextremistische Politiker]. Sie bleiben hier mit sich selbst und bauen ihr persönliches Massada, das ihnen das Himmelreich bringen wird. Wir nicht, wir fliehen. Wir fliehen vor den Einzäunungen in Petach Tikva, vor den Kennzeichnungen der Palästinenser in Ariel. Vor den Taten, die in unserem Namen geschehen. Nennt uns nicht den Abscham der Menschheit, denn das sind wir nicht. Wir können nur morgens nicht mehr in den Spiegel schauen.“

Jeder und jede Jugendliche, die flieht, ist eine Stimme mehr für Kahane. Wir müssen um diese Jugend kämpfen. Nur eine Minderheit von ihnen sucht die Flucht nach vorn, in die politische Aktivität. In Re'ut-Sadaka, der arabisch-jüdischen Jugendbewegung, die ich hier verrete, bereiten wir Jugendliche für diese Auseinandersetzung vor. Erstens weil hier Juden und Araber zusammenleben und zweitens gibt die kooperative Struktur ihnen psychischen Rückhalt. Wir sind sozusagen die Keimzellen des jüdisch-arabischen Zusammenlebens in unserem Land. Doch bei unserer arbeiten stoßen wir auf vielerlei Schwierigkeiten, und auf einige von ihnen auf der jüdischen Seite möchte ich eingehen.

Die jüdischen Jugendlichen wachsen in dem Bewußtsein auf, daß es mehrere Arten von Menschen gibt. Die einen, wir, mit demokratischen Rechten, andere mit weniger, und zuunterst die Araber und Palästinenser ohne alle Rechte. Bei Sadaka-Re'ut erfahren die Jugendlichen, daß alle, Juden wie Araber, Frauen wie Männer, schwarz wie weiß, die gleichen Rechte haben. Andererseits hat sich das Palästinaproblem durch den Aufstand verschärft. Die Jugendlichen wissen, daß eine Lösung, eine Regelung dringend notwendig ist. Nur eine Minderheit von ihnen würde heute den Likud oder Ma'arach wählen, die vor einem halben Jahr 70 % der Stimmen bekommen haben. Die Gegensätze haben sich verschärft, die Meinungen radikalisiert – und die extreme Rechte hat deutlich größere Gewinne. Wir entziehen uns dieser Thematik nicht und sehen in einer Friedensregelung zwischen Juden und Palästinensern die Vorbedingung für die erstrebte Gleichberechtigung.

Die jüdische Öffentlichkeit leidet immer noch unter dem Verfolgungssyndrom, das sich in dem Verdacht gegen Araber und besonders Palästinenser ausdrückt – als wären sie eine ständige Bedrohung für den israelischen Staat. Die jüdischen Mitglieder in Re'ut-Sdaka müssen lernen, neben den jüdischen auch die palästinensischen, neben den westlichen auch die levantinischen kulturellen Werte anzuerkennen. Wir freuen uns zum Beispiel ganz besonders, wenn ein Jugendlichen aus religiösem Elternhaus zu uns stößt – andere Jugendliche aus diesen Kreisen wenden sich in ihrer Identitätskrise größtenteils der messianischen Groß-Israel-Idee zu, der Siedlerbewegung und den Ultraorthodoxen. In Israel lernen Jüdinnen und Juden nur unzulänglich Arabisch, wenn überhaupt. Auch bei uns allerdings finden die Aktivitäten auf Hebräisch statt. Alle unsere Mitglieder kommen aus freien Stücken zu uns. Die GruppenleiterInnen arbeiten unentgeltlich – mit den traditionellen Jugendbewegungen können wir nicht konkurrieren, die von der Kibbutz-Bewegung oder anderen Organisation technisch und finanziell unterstützt werden. Wir sind uns unserer schwierigen Situation in der israelischen Gesellschaft bewußt – sie wird sich auch in den nächsten Jahren wahrscheinlich kaum zu unseren Gunsten verändern.

In diesen Tagen jährt sich der erste Todestag unserer Freundin Siva Golodovski, die für unsere Träume teuer hat bezahlen müssen. Vor einem Jahr wurde sie in Ramallah ermordet, nachdem sie sich dort mit ihrem Freund verlobt hatte.

Doch es ist nicht zu spät. Wenn wir es heute in jüdisch-arabischer Zusammenarbeit schaffen, die Besatzung aufzuheben, wird in zwanzig Jahren die Jugend beider Völker, als Kinder der Unabhängigkeit, die wir für uns beide erkämpft haben, einander beistehen.

Salach Abu Riash:

Zunächst möchte ich sagen, daß ich mich freue, hier über unsere Jugendbewegung Sadaka-Re'ut sprechen zu können. Doch bevor ich anfangen, etwas zu dieser Bewegung zu sagen, möchte ich etwas zu dem Grund sagen, der mich zu ihr gebracht hat.

Die Intifada ist das einzige Mittel, uns von der Besatzung zu befreien, die seit 22 Jahren andauert. Sie ist der Versuch, Selbstbestimmung und Freiheit zu erringen. Die palästinensischen Führer müssen auf diesem Gebiet einen palästinensischen Staat schaffen. Das bedeutet die Loslösung von Israel und nationale Selbstbestimmung für die Palästinenser, die im Staat Israel leben. Die Intifada hat zur Solidarität mit den Palästinensern in den besetzten Gebieten geführt. Sie hat auch unser Gefühl gestärkt, daß wir weitermachen müssen, daß wir uns auch mit der Zukunft Israels auseinandersetzen müssen. Wir haben keinen eigenen Staat, in dem wir unsere eigene Zukunft bauen können. Deshalb müssen wir uns mit der israelischen Gesellschaft beschäftigen, zu ihr vordringen und versuchen, unsere Ziele deutlich zu machen. Wir gehören zu den arabischen Nationen und definieren uns selbst als Palästinenser. Deshalb werden wir von den Israelis als Bedrohung, als Gefahr für die jüdische Existenz angesehen. Doch wir glauben, wenn die israelische Gesellschaft uns akzeptieren würde, würden sich die Realitäten ändern. Wir glauben auch, daß der Protest die Realitäten ändern wird und dazu beiträgt, daß Palästinenser und Israelis zusammenleben können.

Es ist sehr wichtig für unseren Kampf, daß wir in der Zukunft ein Teil der israelischen Gesellschaft sind. Wir leben in einer Realität, die uns das Leben sehr schwer macht. Demonstrationen allein reichen nicht aus, um das zu ändern, dafür sind andere Aktivitäten nötig. Wir dürfen nicht nur protestieren. Deshalb habe ich mich Sadaka-Re'ut angeschlossen, deshalb bin ich hier als Vertreter unserer Bewegung.

Unsere Bewegung hat zum Ziel, die Spannungen auf beiden Seiten abzubauen, dazu beizutragen, daß die Menschen in friedlicher Koexistenz leben und die nationale Identität des anderen respektieren. Wir haben uns als Reaktion auf den Libanonkrieg gegründet und versucht, uns auf die richtige politische Seite zu schlagen. Wir versuchen z.B., gegen die Kahane-Partei anzugehen. Doch wir versuchen uns auf beiden Seiten einzumischen, als Araber und Juden. Wir beschäftigen uns mit der politischen Situation, aber auch mit den anderen realen Problemen des Lebens. Die Linken in Israel müssen zusammenarbeiten, und sie müssen gegen die faschistische Ideologie vorgehen, die das Risiko eines Bürgerkriegs in sich trägt. Wir müssen zusammenarbeiten, das ist sehr wichtig. Leider gibt es keine Programme, die das fördern. So springen wir eben ins kalte Wasser und versuchen, was niemand zuvor versucht hat. Wir haben Erfahrungen gemacht, und die haben uns gezeigt, daß wir neue Mittel und Wege, ein neues Programm brauchen. Und wir haben ein Programm entwickelt, das auf gegenseitigen Treffen und Kennenlernen basiert. Bei diesen Treffen und Aktivitäten wollen wir etwas über den kulturellen Hintergrund der anderen vermitteln und erfahren, um darauf aufzubauen und die historische Mauer niederzureißen, die Juden und Araber trennt. Wir sprechen über Musik, Literatur, Philosophie, über Sitten und Gebräuche, über Feiertage, über die Beziehungen von Menschen verschiedenster Herkunft. Wir besuchen uns gegenseitig zu Hause. Wir beschäftigen uns mit allem, was unter dem Aspekt der kulturellen Frage interessant ist. Wir beschäftigen uns eingehend mit dem jüdisch-arabischen Konflikt, um den Ursprung des Problems zu verstehen. Das ist ein sehr sensibles Thema, bei dem wir sehr vorsichtig sein müssen, weil etwas hochkochen kann und wir womöglich genau das Gegenteil von dem erreichen, was wir erreichen wollen. Unabhängig davon versuchen wir zu lernen, wie wir mit Diskriminierung, mit Verfolgung umgehen können, um Mittel zu entwickeln, um durch persönliche und öffentliche Aktionen Einfluß zu nehmen auf die israelische Gesellschaft. Sehr wichtig für den Wandlungsprozeß sind Gespräche und Diskussionen über das, was gerade aktuell ist. Das heißt aber nicht, daß wir nur darüber reden. Wir sind auch anderweitig interessiert und beschäftigen uns mit allem, was in der Welt passiert, beispielsweise mit den Vereinbarungen zwischen Gorbatschow und Reagan zur Reduzierung der Atomwaffen und mit den Konsequenzen solcher weltweiten Veränderungen. Doch im wesentlichen konzentrieren wir uns auf den jüdisch-arabischen Konflikt, diskutieren über die Genfer Erklärung von Arafat oder die Auswirkungen der Intifada auf Israel und vieles andere.

Wir haben heute 150 Mitglieder und sind in fünf Gruppen organisiert. Zwei in Tel Aviv, eine in Be'er Sheva und eine in Ra'anana. Darüber hinaus haben wir zwei Gruppen, die die anderen Gruppen koordinieren. Die Gruppen werden von je zwei Gruppenführern geleitet, einem Palästinenser und einem Juden, damit sie sich tatsächlich mit dem Problem auseinandersetzen. Die Gruppen finanzieren sich durch Sammlungen, und sie entsenden jeweils zwei Mitglieder ins Sekretariat, die sie dort vertreten. Über dieses Sekretariat organisieren wir uns landesweit.

Ich habe mich Re'ut angeschlossen, weil ich etwas tun wollte. Es war wichtig für mich zu sehen, daß die Diskriminierung, die täglich zunimmt, bekämpft wird. Ich wollte nicht länger untätig bleiben. Heute, nach fünf Jahren bei Sadaka-Re'ut, finde ich, daß Re'ut mir geholfen hat, mir sehr geholfen hat. Es gibt ein paar Dinge, die sich für mich geändert haben, und es gibt viele Dinge, an die ich vorher schon geglaubt habe und an die ich heute noch stärker glaube. Ich bin bestärkt worden. Das schönste an Sadaka-Re'ut ist, daß du das Gefühl hast, Teil eines Prozesses, einer neuen Bewegung zu sein, und daß du eine Stärke besitzt. Du siehst wirklich, was du tust. Beispielsweise siehst die Mitglieder der Gruppe zusammen irgendwohin gehen, auch privat etwas zusammen unterneh-

men. Und du weißt, daß es Menschen gibt, die verstehen, was du sagst. Früher gab es nicht so viele Juden und Araber, die gemeinsam etwas unternommen haben. Viele sagen, vorher wär ich nie auf die Idee gekommen. Und ich persönlich gewinne immer mehr Selbstvertrauen als Palästinenser. Re'ut-Sadaka macht mir Hoffnung für die Zukunft, und ich glaube, daß es eines Tages eine Veränderung geben wird. Aber wenn sich nicht die gesamte Linke in Israel sehr anstrengt, werden wir uns vermutlich in eine Falle begeben, aus der wir nicht wieder herauskommen!

Internationale Nahost-Konferenz – Palästinensische Vorstellungen von einer Friedenslösung von Zahira Kamal

Ich möchte meinen Vortrag mit dem Titel der Veranstaltung beginnen, er ist sehr aufregend und interessant. Es ist wirklich ein gutes Thema, über das ich hier sprechen möchte, und es sollte auch darüber diskutiert werden.

„Israel und Palästina...“ – bedeutet das, daß die Veranstalter der Meinung sind, daß es zwei Staaten gibt? Einen israelischen Staat und einen palästinensischen Staat? Letzterer ist noch nicht etabliert und wird vom ersteren besetzt. Das führt zum zweiten Teil der Überschrift: Konfrontation. Das heißt, daß es Kampf und Konfrontation zwischen den beiden Staaten gibt, und wir müssen herausfinden, warum es sie gibt und wer dafür verantwortlich ist.

Wir haben einen kurzen Überblick über die Geschichte gehört. Wir wissen, daß die Etablierung des israelischen Staats auf dem Rücken der Palästinenser geschehen ist und daß ihre Menschenrechte und ihre politischen Rechte von den Israelis mißachtet worden sind. Die Palästinenser sind vertrieben worden, sie wurden gezwungen, das Land zu verlassen. Sie wurden und werden unterdrückt, haben in ihrem eigenen Land kein Recht auf ein Leben in Sicherheit und Würde. Etwa zwei Millionen PalästinenserInnen leben im Elend, in Lagern in der Westbank, in Gaza, Jordanien, Syrien und dem Libanon. Israel ignoriert unsere Rechte als palästinensisches Volk, und zugleich spricht man von einer „Option“. Israel hat verschiedene Kriege gegen arabische Staaten begonnen und bis heute seine Grenzen nicht verbindlich definiert. Der Grenzverlauf ist nicht klar, man weiß nicht, ob es die Grenzen sind, die der UN-Sicherheitsrat 1947 empfohlen hat, oder die Grenzen von 1967. Im Sechstagekrieg 1967 hat Israel den Rest Palästinas besetzt. 1982 ist Israel in den Libanon einmarschiert und hat die palästinensischen Flüchtlingslager bombardiert. Zehntausende von Palästinensern und Libanesen wurden getötet und verletzt. Ich will das hier nicht in allen Einzelheiten ausführen, die meisten von Ihnen kennen sie. Was ich zeigen möchte, ist, daß es zu keinem Zeitpunkt eine Wahlmöglichkeit – eine „Option“ – für das palästinensische Volk gegeben hat, sondern es waren israelische Entscheidungen – „Optionen“. Kooperation kann nicht ohne Frieden erreicht werden, ohne anhaltenden Frieden.

Jetzt zu dem, was in den besetzten Gebieten geschieht, ich meine die Intifada. Die Intifada ist eine Volkserhebung in den besetzten Gebieten. Sie ist ein natürliches Ergebnis der Teilung und der Leiden des palästinensischen Volks in den letzten zwanzig Jahren. In dieser Zeit wurden gegen das palästinensische Volk kontinuierlich sämtliche Formen von Unterdrückung, Diskriminierung und Ausbeutung praktiziert, ihre Menschenrechte, ihre nationalen Rechte wurden mißachtet. Der Aufstand unterscheidet sich von anderen Volksaufständen in der Vergangenheit insofern, als von Anfang an klar war, was das Hauptziel ist: das Ende der Besatzung und die Erlangung der nationalen Unabhängigkeit. Auch die anderen unmittelbaren Ziele der Intifada artikulieren die politischen, bürgerlichen und sozialen Rechte der Palästinenser. Diese klare Vision führt dazu, daß sich alle Klassen der Gesellschaft einig sind. Das zeigt sich darin, daß alle gesellschaftlichen Klassen sich an diesem

Kampf beteiligen. Die Kommuniqués, die während der Intifada veröffentlicht worden sind, haben den Kampf in die verschiedenen Stadien geführt. Darin sind eine Reihe von Forderungen aufgestellt worden, die die unmittelbaren Ziele definierten. Die Intifada zeigt, wie stark die Beteiligung der Bevölkerung ist und wie unerträglich die Konfrontation, in der sie sich unter der Besatzung befindet. Zugleich kam ein Einigungsprozeß in der palästinensischen Gesellschaft in Gang, und der Apparat der israelischen Zivilverwaltung in den besetzten Gebieten wurde kenntlich. Der Aufstand wird durch die nationale Führung der Intifada vertreten, die sich ihrerseits immer wieder ausdrücklich an den Ergebnissen der Intifada orientiert. In den Volkskomitees artikulieren sich die Bedürfnisse der Bevölkerung. Es sind Gesundheits-, Arbeits-, Lehrer-, Frauen-, Landarbeiterkomitees usw. Solche Komitees sind in vielen Sektoren aufgebaut worden. Damit ist es der Vereinigten Führung gelungen, auf die Bedürfnisse einzugehen, die durch den Aufstand entstanden. Zugleich hat man erkannt, daß ein organisatorischer Rahmen nötig ist, Gewerkschaften, Vereine, Institutionen. Die Vereinigte Führung ist also das Organ geworden, das zugleich die Richtung des Kampfes vorgibt und die Verwaltungsaufgaben in den besetzten Gebieten übernimmt. In diesem Sinn ist die Intifada eine qualitative Fortentwicklung der palästinensischen Nationalbewegung, wir machen Erfahrungen sowohl mit den Aufgaben als auch mit den Organisationsstrukturen einer Verwaltung. Die Intifada ist eine demokratische und volksnahe Form des Kampfs. Ihr wesentliches Ziel ist das Ende der Besatzung und die Erlangung der Unabhängigkeit. Als ein Mittel des Kampfs wurde der zivile Ungehorsam gewählt, und das hat es ermöglicht, daß Hunderttausende von PalästinenserInnen sich an der täglichen Konfrontation mit der Besatzungsmacht und im Kampf gegen die israelische Armee beteiligen.

Das Ergebnis dieses Kampfs ist noch nicht abzusehen. Die israelische Armee ist technisch hochgerüstet, und dennoch geht der Aufstand weiter und in der Weltöffentlichkeit werden die Rechte der Palästinenser zunehmend anerkannt. Die Stärke des Aufstands zeigt sich auch in den Reaktionen der Besatzungsbehörden: Heute ist etwa fünfmal soviel Energie zur Aufrechterhaltung der Besatzung nötig als noch vor einem Jahr. Tausende von PalästinenserInnen werden in Administrativhaft genommen. Die Sanktionen sind hart. Eine Vielzahl von Menschen werden deportiert, gegen die palästinensische Bevölkerung werden Waffen wie Plastik- und Gummigeschosse, immer öfter auch scharfe Munition eingesetzt. Die Maßnahmen, um den Aufstand zu unterdrücken, werden immer härter. Es gibt den Befehl zum Knochenbrechen, Schulen werden geschlossen, Hunderttausende von Bäumen aus dem Boden gerissen, die Vermarktung der Landwirtschaftserzeugnisse wurde verboten oder eingeschränkt. Maßnahmen, um die Moral der Bevölkerung zu untergraben, werden ergriffen, die Zwänge des Militärapparats werden immer stärker. Die PalästinenserInnen werden daran gehindert, zu reisen. Sie sind gezwungen, Genehmigungen zu beantragen, die man ihnen verweigert. Die Verordnungen sind genau auf das Maß an Repression zugeschnitten, das man in diesem Gebiet für opportun hält. Den Menschen wird die aktive Beteiligung am Aufstand zunehmend unmöglich gemacht.

Während der Intifada und unter ihrem Banner ist auf der 19. Sitzung des Palästinensischen Nationalrats der Staat Palästina proklamiert worden, auf der Basis eines internationalen Konsenses und der Resolution des UN-Sicherheitsrats aus dem Jahre 1947. Zugleich wurde beschlossen, daß durch eine an der Praxis orientierte, realistische Politik die Einberufung einer internationalen Nahost-Konferenz betrieben werden soll, auf der Basis der Anerkennung der Rechte der Palästinenser auf Selbstbestimmung in Übereinstimmung mit den Resolutionen der Vereinten Nationen zur Palästina-

Frage und zum arabisch-israelischen Konflikt.

Der fortdauernde Aufstand hat die israelische Friedensbewegung mobilisiert und die palästinensischen Friedensinitiativen hervorgebracht. Viele Staaten haben den palästinensischen Staat anerkannt und auf Israel Druck ausgeübt, auf die Friedensinitiativen der Palästinenser zu reagieren. Eine ganze Reihe von israelischen Politikern räumt inzwischen ein, daß es keine militärische Lösung des Konflikts gibt, daß die einzige Option eine politische Lösung ist. In diesem Zusammenhang ist Shamirs Idee zu sehen, in den besetzten Gebieten Wahlen zuzulassen. Doch sein Vorschlag zielt darauf ab, die palästinensischen Friedensinitiativen abstrakt werden zu lassen, um Zeit zu gewinnen und den Aufstand doch noch niederzuschlagen. Denn die Details des israelischen Vorschlags machen deutlich, daß sie nicht daran denken, sich auch nur einen Millimeter aus den besetzten Gebieten zurückzuziehen, und schon gar nicht, einen unabhängigen palästinensischen Staat entstehen zu lassen oder in einen Dialog mit der PLO einzutreten. In diesem Vorschlag wird das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser hartnäckig nicht anerkannt, wenn er diese als „arabische Bewohner von Samaria, Judäa und dem Gaza-Streifen“ bezeichnet. Darüber hinaus geht der Plan davon aus, die Lösung des Konflikts sei durch Verhandlungen zwischen Israel und Jordanien unter Einbeziehung Ägyptens möglich – Repräsentanten des palästinensischen Volks in den besetzten Gebieten werden als mögliche Verhandlungspartner nicht einmal erwähnt. Dieser Plan ignoriert also nicht nur die palästinensischen Entscheidungen, sondern auch die Weltöffentlichkeit, die die PLO als einzige legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes anerkannt hat. Im Shamir-Plan ist auch nicht die Rede von einer internationalen Nahost-Friedenskonferenz, in deren Rahmen Verhandlungen stattfinden könnten, vielmehr werden die Vereinbarungen von Camp David als Grundlage für eine Friedensregelung in der Region bekräftigt. So wie er sich darstellt, übergeht der Shamir-Plan den Kern der Krise in der Region: die Vertreibung des palästinensischen Volks, die Besetzung seines Landes und seine Unterdrückung.

Zudem: Die israelische Regierung setzt sich für diesen Plan ein und betreibt zur gleichen Zeit die Eskalation, indem sie die Repressionsmaßnahmen in den besetzten Gebieten verschärft. Der israelische Verteidiger hat jüngst gesetzliche Maßnahmen für den Fall angekündigt, daß die PalästinenserInnen sich den Wahlen verschließen sollten. Diese Gesetzesvorhaben sollen insbesondere die in Israel arbeitenden PalästinenserInnen betreffen. Sie sind schon jetzt aufgefordert worden, in den Gaza-Streifen zurückzukehren, die Bewegungsfreiheit der Menschen dort ist eingeschränkt worden: Es wurde ihnen mitgeteilt, daß sie Pässe benötigen, um nach Israel einzureisen und dort zu arbeiten. Diese Maßnahmen zeigen, worauf Israels sogenannte Friedensinitiative abzielt: Sich über die Meinung der Weltöffentlichkeit hinwegzusetzen und doch zugleich als friedenswillig dazustehen, was Israel in Wirklichkeit nicht ist.

Der Friedensplan des palästinensischen Volks, den der palästinensische Nationalrat vorgelegt hat, hat weltweit große Beachtung und Unterstützung gefunden. Er zeigt die Bedingungen für eine Lösung auf der Grundlage des international anerkannten Rechts der Palästinenser auf einen eigenen Staat: Der Staat Palästina soll anerkannt werden als das legitime Recht der Palästinenser, in Übereinstimmung mit den Resolutionen der Vereinten Nationen, einschließlich der Resolution Nr. 242 und 388 des UN-Sicherheitsrats; und eine internationale Konferenz soll einberufen werden, an der die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates sowie alle an diesem Konflikt beteiligten Parteien, einschließlich des Staates Palästina, teilnehmen. Mit dieser Initiative hat die PLO positiv auf das Verlangen der Völkergemeinschaft reagiert, daß die Resolutionen des UN-Sicherheitsrates re-

spektiert werden müssen, was auch die USA zur Voraussetzung eines Dialogs mit der PLO gemacht haben. Die PLO hat auch den Terrorismus abgelehnt und bestätigt, daß es sich bei dem Aufstand der Palästinenser um legitimen zivilen Widerstand handelt, mit dem Ziel, Freiheit und Unabhängigkeit zu erlangen.

Der Versuch, zwischen dem israelischen und dem palästinensischen Plan Konversionspunkte zu finden, wird nicht gelingen. Denn die Israelis suchen nicht nach einer wirklichen Friedenslösung, während die Palästinenser tatsächlich versuchen, einen dauerhaften, haltbaren Frieden für die Region zu erreichen. Nach wie vor leugnen die Israelis das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung. Die Wahlen, die sie vorschlagen, setzen ein Votum gegen die PLO, gegen einen unabhängigen palästinensischen Staat und damit gegen den Rückzug der Israelis voraus. Das ist inakzeptabel für unser Volk, und der Aufstand, jetzt im 19. Monat, bekräftigt, daß man unmöglich nach diesem Schema verfahren kann. Solche Wahlen können nicht durchgeführt werden, jede Diskussion darüber ist reine Zeitverschwendung. Israel will damit lediglich Zeit gewinnen, um den Aufstand weiter zu unterdrücken und eine internationale Konferenz zu verhindern.

Die palästinensische Initiative ist klar und ernst gemeint. Sie erkennt das Prinzip zwei Staaten für zwei Völker an und fordert Friedensverhandlungen im Rahmen einer internationalen Konferenz auf der Basis einer internationalen Übereinkunft. Auch die israelische Position ist deutlich: Sie weigern sich, die nationalen Rechte des palästinensischen Volks anzuerkennen. Die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats müssen nun Verantwortung übernehmen und auf die Einberufung einer internationalen Konferenz hinwirken. Es muß ein Konsens gefunden werden, Frieden, Freiheit und Sicherheit für alle Völker im Nahen Osten zu schaffen.

Die Intifada als politischer Prozeß von Azmy Bishara

Ich bin Zahira Kamal dankbar, daß sie die Atmosphäre endlich ein bißchen politisch gemacht hat, denn ich habe immer ein merkwürdiges Gefühl, wenn Israelis und Palästinenser zusammensitzen und Gruppentherapie machen, und ihr Ausländer dabei zuschaut, wie wir uns miteinander versöhnen.

Die Intifada im besetzten Palästina, auch wenn sie durchaus soziologische, kulturelle, sogar ästhetische Aspekte haben mag, ist doch vor allem ein politischer Prozeß, d.h. sie ist nicht nur ein politisches Phänomen, sondern sie muß auch politische Ergebnisse bringen. Die Entwicklungen der letzten 18 Monate können wir schon zusammenfassend darstellen, und zwar hat sich das Kräfteverhältnis, das nach dem Libanonkrieg 1982 entstand, umgekehrt. Heute sind wir von einer Nach-Libanon-Phase in die Phase nach der Intifada übergegangen.

Im Libanonkrieg hatte Israel die totale Vernichtung der Palästinensischen Befreiungsarmee angestrebt, und danach schien es einige Jahre lang, bis zu den letzten Monaten vor Beginn der Intifada, als habe Israel den Weg zu einem jordanisch-israelischen Abkommen geebnet. Der Höhepunkt war zwei Monate vor der Intifada erreicht, als auf der arabischen Gipfelkonferenz in Amman die Früchte des Libanonkriegs geerntet wurden. Bei dieser Konferenz ist die Palästina-Frage verdrängt worden, und es sah so aus, als habe König Hussein die Zustimmung der arabischen Länder zu seiner Position bekommen. Die Frustration der Palästinenser erreichte ihren Höhepunkt mit dem Amman-Abkommen zwischen Arafat und Hussein, das auch eine Folge der Tatsache war, daß die palästinensische Befreiungsbewegung ihre letzte Verteidigungsbastion im Libanon verloren hatte. Sie war auf

die Diplomatie zurückgeworfen.

In Israel bestanden im zionistischen Lager zwei Hauptalternativen: Ein Abkommen mit Jordanien, das von der Labour-Regierung vorgeschlagen wurde, oder die Fortsetzung des Status quo, die der Likud anstrebte. Bereits mit Ausbruch der Intifada wurden sowohl der Status quo als auch die jordanische Option unmöglich. Die Intifada war die Aufhebung des Status quo, und das ist schon an sich eine Errungenschaft. Sie vergegenständlichte sich einige Monate später in der historischen Trennung der Hashemiten von der Westbank und in der politischen Deklaration eines palästinensischen Staates, der im November 1988 von allen arabischen Staaten anerkannt wurde. Durch diese Anerkennung wurden die Ergebnisse der Amman-Konferenz zunichte gemacht. Nun standen zum ersten Mal in der Geschichte der Konflikte im Nahen Osten (vor und nach Gründung der PLO) die arabischen Länder hinter dem Programm der palästinensischen Befreiungsbewegung. Damit haben die palästinensischen Aufständischen nicht nur den Status quo aufgehoben, sondern sie sind auch in die Bastionen der arabischen Regierungen vorgedrungen. Das heißt, dieselben Regime, die aus Angst um die „Stabilität in der Region“ einen palästinensischen Staat immer abgelehnt haben, müssen jetzt, um eben diese Stabilität zu retten, an einem palästinensischen Staat interessiert sein. Doch es wurde bald deutlich, daß die Aufhebung des Status quo und die Änderung der politischen Lage gegenüber der Zeit vor der Intifada nicht ausreichte, um zum Ziel zu kommen. Indessen ist es gerade der Prüfstein für die Intifada als politischer Prozeß, ob sie eine veränderte politische Lage schaffen kann, in der ein Staat nicht nur deklariert, sondern auch tatsächlich gegründet werden kann. Wenn die Palästinenser ihren Weg zur Unabhängigkeit politisch planen, müssen vier Faktoren analysiert werden.

1. Der palästinensisch-israelische Konflikt, der sich in diesen Tagen in Gestalt von Aufstand und Unterdrückung äußert. Der Aufstand ist nicht nur eine taktische Frage, d.h. man darf nicht damit spielen. Er ist auch keine strategische Frage, vielmehr ist er das einzige strategische Kapital, über das die Palästinenser jetzt verfügen. Alle materiellen, politischen und moralischen Mittel müssen darin investiert werden. Die Intifada ist kein Krieg, keine Schlacht, die man abrechnen und wieder beginnen könnte, sie ist ein Volksaufstand, der von lokalen Initiativen, von Stimmungen wie Wut und Hoffnung abhängt. Keines dieser Elemente darf angetastet werden. Darum machen die Aufständischen auch weiter, trotz immer höherer Kosten an Menschenleben und anderer Verluste. Sie wissen, daß es keinen Weg zurück gibt.

2. Israel hat sich über der Palästina-Frage gespalten. Die Israelis begreifen jetzt, daß die Palästina-Frage nicht mehr nur eine existenzielle Frage für die Palästinenser und für die Israelis eher ein Luxus-Problem ist, sondern daß sie für beide gleichermaßen existenziell ist. Und um ein existenzielles Problem sind tiefe Spaltungen möglich: In Israel sind infolge der Intifada drei politische Lager entstanden, quer durch und über die politischen Parteien hinweg. Die Kräfte, die die Zwei-Staaten-Lösung unterstützten und die bis dahin vorwiegend aus den anti- oder nichtzionistischen Parteien bestanden, haben sich bis tief ins zionistische Lager ausgeweitet. Heutet ist nicht nur die kommunistische Partei, sondern auch Parteien wie RAZ, Mapam und – mit Modifikationen – sogar Teile der Labour-Partei (Ma'arach) von dieser Lösung überzeugt. Das ist ein Reingewinn der Intifada. Das zweite Lager besteht aus Teilen von Likud und Labour, die sich infolge der Intifada zusammengeschlossen haben (Shamir und Rabin). Diese Kräfte sind überzeugt, daß drei Varianten nicht mehr möglich sind: die jordanische Option, der Status quo und die Annexion. Dennoch lehnen sie grundsätzlich einen palästinensischen Staat bzw. Verhandlungen mit der PLO ab. Die Palästinenser müs-

sen begreifen, daß sich in dieser Position keine nur taktische Haltung äußert. Manche Palästinenser glauben, wenn man nur dieses Lager davon überzeugen könnte, daß die Palästinenser es mit ihren Friedensvorschlägen ernst meinen, dann würden auch Rabin und Shamir verhandeln. Das könnte ein tödlicher Irrglaube sein. Denn die Position dieses Lagers ist Ausdruck dafür, daß die ablehnende Haltung in der israelischen Regierung noch immer genug Kraft und Rückhalt hat, d.h. daß die Palästinenser noch weiterkämpfen müssen.

Der Shamir-Plan, der jetzt als Alibi für die Verschärfung der Unterdrückung in den besetzten Gebieten benutzt wird, enthält kein einziges Element eines positiven Friedensprogramms. Er enthält einen Mechanismus (die Wahl), der einen politischen Prozeß eröffnen soll, der der Intifada entgegengesetzt ist und dessen Ergebnis schon vorweg erklärt wird: kein palästinensischer Staat, eine Verhandlungen mit der PLO. Zu diesem Plan sagen die Palästinenser nein, nicht zu der Wahl als solcher. Doch außerhalb des diplomatischen Feldes, in den einfachen Schichten des Volkes, die die Intifada auf den Schultern tragen, wird nur eine Verschärfung der Unterdrückung spürbar. Sie müssen sich auf den nächsten Angriff auf das nächste Dorf vorbereiten, nicht sich Gedanken über angebliche Wahlen machen.

Das dritte Lager in der israelischen Politik besteht aus Teilen des Likud (Sharon), den rechtsextremen Parteien und der Siedlerlobby. Dieses Lager will als politische Lösung ein Pogrom in großem Maßstab bis hin zum Transfer der arabischen Bevölkerung und die Annexion der besetzten Gebiete. Die Aktionen der Siedler, die stets von Massenhysterie begleitet sind, sind im Grunde durchaus nicht hysterisch, sondern perfekt durchgeplant. Sie beabsichtigen, die israelische Armee in eine Situation hineinzuziehen, in der an der Liquidation der Palästinenser kein Weg mehr vorbeiführt. Doch die meisten Israelis haben aus der Erfahrung von Sabra und Schatila gelernt, daß ein Versuch zum Völkermord in unserer Zeit selbst die Gegenmechanismen erzeugt, an denen dieser Versuch scheitert.

3. In den arabischen Ländern verbreitet sich die Angst vor dem Gespenst der Intifada, das zum Modell eines Massenkampfs in der ganzen Region werden könnte. Deswegen darf es uns nicht überraschen, daß gerade die proimperialistischen arabischen Länder sich jetzt für die Lösung des Palästina-Problems einsetzen. Doch die Palästinenser sollten diesen arabischen Ländern nicht alle Trümpfe überlassen, denn deren Interesse an einem palästinensischen Staat ist taktisch, nicht prinzipiell. Und die Taktik eines Landes wie Ägypten etwa orientiert sich immer noch am Modell von Camp David, d.h. ebenso wie beim Autonomieplan glauben die ägyptischen Diplomaten, Wahlen in den besetzten Gebieten könnten ein Weg zur Lösung der Palästina-Frage sein.

Die Intifada hat nicht nur die arabischen Länder von der Notwendigkeit einer Lösung der Palästina-Frage überzeugt, sondern auch die PLO von den Fesseln der arabischen Länder befreit. So ist eine palästinensische Friedensinitiative überhaupt möglich geworden. Diese Freiheit darf nun nicht zugunsten irgendwelcher Umarmungen mit Jordanien oder Ägypten wieder aufgegeben werden. Die Selbständigkeit der PLO war kein Geschenk, sie ist erkämpft worden.

4. Auf internationaler Ebene hat die Intifada die Sympathien der Weltöffentlichkeit geweckt, die Formel von Opfer und Täter hat sich umgekehrt. Die Palästinenser werden nun endlich als Opfer begriffen. Sie waren es immer. Doch sie hatten das Talent, so zu tun, als seien sie die Täter. Und die Israelis waren immer die Täter, nur hatten sie das Talent, sich als Opfer darzustellen. Die Intifada hat nun jeden an seinen richtigen Platz gestellt. Die neue Sympathie für die Palästinenser ist nicht zu unterschätzen. Sie ist eine gute Grundlage dafür, daß sich die Haltung der Regierungen im

imperialistischen Lager zur Palästina-Frage ändert. Ohne die Sympathie der Völker der Welt hätten die Juden in den 40er Jahren Israel nicht gründen können. In den EG-Ländern hat sich die Haltung einiger Regierungen auch schon geändert. Doch die Palästinenser haben noch zwei Aufgaben vor sich:

- a) die allgemeine Sympathie der Weltöffentlichkeit in tätige Solidarität umzusetzen, zumindest was die zunehmende Unterdrückung in den besetzten Gebieten betrifft;
- b) und das offizielle Europa davon zu überzeugen, eine aktivere Rolle gegenüber den USA einzunehmen.

In den USA besteht in der Haltung zur Palästinafrage die größte Kluft zwischen Öffentlichkeit und Regierung, und zwar weil die Öffentlichkeit, trotz ihrer größeren Sympathie für die Sache der Palästinenser, passiv bleibt. Es müssen Wege gesucht werden, wie diese Sympathie zu aktivieren ist. Die offizielle amerikanische Politik hat sich zwar in zwei grundsätzlichen Fragen geändert: a) in der Bewertung der zentralen Bedeutung der Palästinafrage für die Region und b) in der Einsicht, daß die Palästinenser nicht nur abstrakte, sondern konkrete politische Rechte haben. Aber nach wie vor erkennen die USA die PLO nicht als einzige legitime Vertreterin des palästinensischen an, auch wenn sie sich inzwischen auf einen Dialog mit ihr eingelassen haben, und ebensowenig den palästinensischen Staat in der Westbank und in Gaza.

Die Palästinenser lernen allmählich, die verschlungenen Wegen der Politik zu erkennen. So dient dieser Tage der Dialog der PLO mit den USA, den sie als Errungenschaft betrachtet hatten, als Druckmittel, das sie dazu veranlassen soll, den Shamir-Plan zu akzeptieren. Die Palästinenser ähneln dabei dem Kartenspieler, der sein ganzes Geld auf den Tisch wirft, während er noch auf zwei, drei Karten wartet. Einem Kartenspieler, der sich nicht erlauben darf, sich von der schönen Begleiterin seines Gegenspielers ablenken zu lassen. Die USA deuten folgendes an: Wenn die Palästinenser den Shamir-Plan akzeptieren, würden die USA nach Ablauf der vorgesehenen Übergangszeit in drei Jahren Druck auf Israel ausüben, daß es sich zu Verhandlungen mit der PLO bereit erklärt. In diesem Zusammenhang beschäftigen die Palästinenser zwei Fragen: a) welchen Grund haben die USA, Israel unter Druck zu setzen, wenn die Intifada zu Ende ist? b) Da die USA erklären, daß sie weiterhin gegen einen palästinensischen Staat sind – worüber also soll mit der PLO verhandelt werden?

Die Intifada ist kein Hobby. Sie ist der Weg der Palästinenser zu nationaler Unabhängigkeit und Souveränität über ihr Land. Sie darf nicht für vernebelte, unklare Versprechungen aufgegeben werden. Die Palästinenser lehnen Zwischenstufen durchaus nicht ab, aber sie wollen, daß jede Zwischenstufe ihren definierten Platz in einem Gesamtprozeß hat, der zum palästinensischen Staat führt.

Aufruf zur Vernetzung

Nach dieser Tagung wollen wir nach Möglichkeiten suchen, uns effektiver als bisher zu engagieren, um die Protestbewegung in Israel und die Intifada zu unterstützen. Dazu wäre eine Vernetzung der schon bestehenden Gruppen in der Bundesrepublik und in Europa hilfreich, um gemeinsame Aktionen zur gleichen Zeit und an verschiedenen Orten zu planen. Auch „urgent actions“ oder Protestschreiben könnten so koordiniert werden. Zudem wäre es nützlich, wenn wir alle voneinander wüßten, was andernorts an Aktivitäten läuft.

Folgende Resolution ist am Ende der Tagung einstimmig verabschiedet worden. Sie ist bewußt auf einem breiten gemeinsamen Nenner gehalten, um möglichst viele Gruppen einbeziehen zu können. Es ist erwünscht, daß wir von Gruppen oder Einzelpersonen, die aktiv werden wollen eine Rückkopplung erhalten, ob sie diese Resolution als Basis für ihre künftigen Aktivitäten sehen.

RESOLUTION

Wir, die Unterzeichner und Unterzeichnerinnen, verurteilen die zahlreichen Menschenrechtsverletzungen durch die israelische Regierung, insbesondere

- den Einsatz von Tränen- und CS-Gas;
- die Kollektivbestrafungen und die Verhängung von Administrativhaft;
- die Häusersprengungen;
- die Exilierungen;
- die Schließung von Schulen, Universitäten und anderen Bildungseinrichtungen.

Die Zusammenarbeit zwischen unseren Gruppen basiert auf der Überzeugung, daß zur Herstellung eines gerechten und beständigen Friedens zwischen Israelis und Palästinensern folgende Schritte unternommen werden müssen:

1. Rückzug der israelischen Besatzungsmacht aus den 1967 besetzten Gebieten.
2. Aufnahme von Verhandlungen unter Beteiligung der legitimen Vertreter beider Völker – also der israelischen Regierung und der PLO – zur Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates mit sicheren, beidseitig anerkannten Grenzen.

Wir fordern die jeweiligen Regierungen unserer Länder und die Europäische Gemeinschaft dazu auf, sich mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln für die Einhaltung der Menschenrechte von seiten der israelischen Regierung und für die Verwirklichung der obengenannten Ziele einzusetzen.

Die palästinensische Mehrheits- und die israelische Minderheitsmeinung

Ein Seminar zum nahöstlichen Friedensprozeß

Der prominenteste Teilnehmer des Seminars, das am 24./25. Juni in Berlin (West) die palästinensische Friedenspolitik und die israelische Friedensbewegung ausloten sollte, war zweifellos der Jerusalemer Feisal Hussein, als palästinensischer Wortführer wiederholt von den israelischen Behörden inhaftiert und mit Administrativhaft bedacht. Sein Forschungszentrum in Jerusalem wurde schon zu Beginn des Aufstands von den israelischen Behörden geschlossen. Hussein stellte unmißverständlich klar, daß die politische Hauptströmung in der palästinensischen Führung und im palästinensischen Volk heuete das palästinensische Friedenslager darstellt, dem sich ca. 75 % der Palästinenser zugehörig fühlen. Die israelischen Friedensaktivisten machten demgegenüber keinen Hehl daraus, daß sie bestenfalls 5% bis 6% der israelischen Bevölkerung repräsentieren könnten. Hussein, der in seinem Vortrag einen gerafften Überblick über die historische Entwicklung der palästinensischen Widerstandsformen gegen die israelische Besatzung in der Westbank und im Ghazastreifen gab, betonte, daß Israel zu neuen verschärften Maßnahmen greife, um die Intifada zu beenden. Der palästinensische Politiker verlangte, daß die USA und die Europäische Gemeinschaft endlich auf den palästinensischen Friedensplan eingingen, anstatt wegen des kategorischen Neins der israelischen Regierung weitere Konzessionen von den Palästinensern zu verlangen. Hussein dazu: „Aber die Grenze ist erreicht. Es gibt keine weiteren Konzessionen; es gibt unsere Friedensinitiative, aber keine weiteren Konzessionen.“

Das zweitägige Seminar lieferte insgesamt einen guten Überblick über die politischen Erwartungen der Palästinenser unter israelischer Besatzung, wozu insbesondere die Beiträge von Azmy Bishara, Dozent an der Bir-Zeit-Universität, und Zahira Kamal, Dozentin und Vorsitzende der Föderation der Frauen-Aktionskomitees, Diskussionsstoff und Hintergrundmaterial lieferten.

Über die differenzierten Positionen der israelischen Friedensbewegung, die unterschiedlichen Zielsetzungen der verschiedenen Gruppen – Peace Now, Nieder mit der Besetzung, Es gibt eine Grenze, Frauen in Schwarz, Das 21. Jahr u.a. – informierten Rachel und Gideon Freudenthal sowie Gideon Spiro, der erst kürzlich eine Vortragsreise durch die Bundesrepublik absolvierte. Insbesondere Rachel Freudenthal machte klar, daß es eine direkte Solidarität zwischen israelischer Friedensbewegung und palästinensischem Aufstand in naher Zukunft nicht geben werde. Es fehle in Israel eine politische Kultur des Widerstandes, wie es sie beispielsweise in europäischen Ländern von „links“ gebe. Der „nationale jüdisch-israelische Konsens“ sei die heilige Kuh, die geschlachtet werden müsse. Je mehr Brüche im zionistischen Selbstverständnis und im „nationalen Konsens“ erzielt würden, desto eher könne das israelische Friedenslager an Bedeutung gewinnen. Gideon Freudenthal wie auch Gideon Spiro äußerten indessen die Befürchtung, daß die Eskalierung des Konflikts und die Zunahme von Brutalität und Gewalt bevorstünden.

Die Dichter Emile Habibi und Nissim Kalderon waren in ihrem politischen Engagement weitaus mehr als kulturelle Tupfer. Sie repräsentierten das Lager der „fortschrittlichen Intellektuellen“ in Israel, das die Suche nach Frieden und Verständigung des öfteren mit Politiker- und manchmal auch mit Zuschauerschelte zu verbinden weiß.

Das zweifellos thematisch wie personell überfrachtete Seminar mochte dem Studenten erste Eindrücke vermitteln; eine tiefere Diskussion von Themen war aber qua Seminarorganisation verunmöglicht. Die Vielfalt der Themen behinderte teilweise die notwendige politische Gewichtung von Aussagen und hinterfragenden Austausch der Meinungen, über das bloße Abfragen von Statements hinaus.

Verdienstvoll aber gewiß die Förderung des palästinensisch-israelischen Dialogs vor einem deutschen Publikum, das sein breites Interesse an der schwierigen nahöstlichen Thematik in einer Vielzahl von Fragen auch zum Ausdruck brachte. Politische Aufklärung als Voraussetzung politischen Handelns?!

Interview von Ute Frings mit Azmy Bishara in: zitty 15/89

zitty: Die Intifada dauert nun schon achtzehn Monate, sie hat hunderte Tote, tausende Verletzte gefordert. Wie lange soll, muß die Intifada noch fortgesetzt werden?

Azmy Bishara: Die Fortsetzung der Intifada ist eine politische Notwendigkeit. Sie ist das einzige politische Kapital, über das die Palästinenser verfügen. Ich glaube, daß sie der Weg zur nationalen Unabhängigkeit ist. Es hängt nicht von den Palästinensern ab, wie lange der Widerstand fortgesetzt werden muß, sondern von der Politik Israels. Das heißt: Wann wird Israel endlich auf das palästinensische Friedensprogramm reagieren?

zitty: Was ist mit dem Schamir-Plan? Ist er für die Palästinenser annehmbar?

Bishara: Auf keinen Fall. Das ist kein Friedensprogramm. Der Schamir-Plan ist nicht für die Palästinenser, sondern für die USA gemacht. Er entstand nur auf Druck der Amerikaner. Das ganze hat zwei Ziele: Erstens glauben die Behörden in den besetzten Gebieten, daß, wenn sie ein politisches Programm haben, sie mehr Freiraum für ihre Unterdrückung in den besetzten Gebieten haben. Zweitens gewinnen die Israelis damit Zeit zur Niederschlagung des Aufstands. Der Zweck des Programms ist lediglich, die Intifada zu beenden, nicht Frieden zu schaffen. Es sagt auch nichts Detailliertes über die Art des Friedens. Es gibt nur die Wahl, ohne daß deren Zweck klar formuliert ist. Klar ist, daß es nach der Wahl keine Verhandlungen mit der PLO geben wird, keinen Rückzug aus den besetzten Gebieten, keinen palästinensischen Staat. Die Palästinenser sind nicht prinzipiell gegen eine Wahl. Die Frage ist nur, ist eine Wahl, eine Demokratie unter Besatzung möglich? Die andere Frage ist, wozu diese Wahl. Sie sollte Teil eines politischen Prozesses sein, sie sollte zu etwas führen.

zitty: Welche Bedeutung haben die verschiedenen israelischen Friedensgruppen, wie Yesh Gvul (Es gibt eine Grenze), Shalom achshav (Frieden jetzt) für die Intifada?

Bishara: Innerhalb der israelischen Friedensgruppen gibt es Unterschiede. Einige solidarisieren sich mit der Intifada, treten ein für einen palästinensischen Staat. Andere vermeiden das Wort Solidarität. Sie wollen den Palästinensern nicht helfen, sondern sie bewegt das Interesse für Israel, wenn sie einen Rückzug aus den besetzten Gebieten fordern.

zitty: Welche Gruppen sind das?

Bishara: Zum Beispiel „Frieden jetzt“. Sie sehen, daß die Fortsetzung der Besatzung eine Gefahr für die israelische Gesellschaft ist, das heißt, es könnte sich in Zukunft eine faschistische Diktatur entwickeln. Solche Warnungen gibt es. Die Siedler-Lobby in der israelischen Gesellschaft wird immer aktiver und hysterischer, und viele vernünftige Leute werden nicht aus Sorge um die Zukunft der Palästinenser, sondern aus Sorge um die Zukunft der israelischen Gesellschaft gegen die Besatzung aktiv.

zitty: In den letzten Tagen häuften sich Berichte über Demonstrationen radikaler Siedler in den besetzten Gebieten. Ist es überhaupt realistisch, selbst wenn die israelische Regierung eine Zwei-Staaten-Lösung akzeptieren würde, daß diese Leute ihre Häuser freiwillig räumen würden? Besteht nicht auch die Gefahr gewalttätiger Auseinandersetzungen innerhalb der israelischen Gesellschaft?

Bishara: Die Macht der Siedler ist nicht so groß, daß es zu einem Bürgerkrieg kommen könnte. Sie sind immer noch eine Minderheit. Innerhalb der Siedler wird diskutiert, ob man einem Rückzugsbefehl gehorchen würde. Viele würden das tun. Die Kraft der radikalen Gruppen ist nicht quantitativ. Aber sie können durch gezielte Provokationen viel erreichen. Sie haben Angst, daß ihre Zukunft schon entschieden ist. Auch wenn die Lösung der Palästina-Frage für die Israelis noch nicht klar ist, so ist doch die Zukunft für die israelische Besatzung klar. Das heißt, Israel wird in der Zukunft diese Gebiete nicht regieren können. Die Siedler versuchen, die israelische Armee durch Provokationen zu einem Pogrom zu treiben, und hoffen, daß das zu einem solchen Chaos führen würde, daß Israel die Gebiete nicht zurückgibt. Sowohl die Palästinenser als auch Teile der israelischen Gesellschaft sind sich dieser Gefahr bewußt. Aber die Siedler bleiben vor allem ein Problem der Israelis. Für uns sind die Siedler ein Problem des Standhaltens.

zitty: Was erwarten die Palästinenser von der europäischen, der deutschen Linken?

Bishara: Europa hat sowohl aus der Geschichte als auch der Gegenwart eine große Verantwortung dafür, was im Nahen Osten passiert. Man kann nicht einfach sagen, es geht uns nichts an. Die Situation im Nahen Osten ist eine Gefahr für den Weltfrieden. Aber ich glaube, wir haben in Europa schon etwas erreicht. Es gibt endlich

Sympathie für die Palästina-Frage in der Öffentlichkeit. Die alte Behauptung der Israelis, daß sie die Opfer und die Palästinenser die Täter sind, ist durch die Intifada umgekehrt worden. Jetzt erscheinen die Palästinenser als Opfer und die Israelis als Täter, so wie es immer war. Das ist ein moralischer Rahmen.

Konkret muß noch viel getan werden. So die Forderung nach Wiedereröffnung der Schulen und Universitäten, Kritik an den ständigen Erschießungen von Kindern, an Ansar III, das kein Gefängnis, sondern ein Konzentrationslager ist, ökonomische Hilfe für die besetzten Gebiete. Aber das wichtigste ist, daß die europäischen Regierungen endlich klar Stellung bezogen haben. Sie bestehen darauf, im Gegensatz zu den USA, daß die PLO an Verhandlungen beteiligt werden muß. Europa besteht auf dem Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser. Europa soll jetzt mehr Einfluß auf die USA nehmen. Es will nicht mehr ein wirtschaftlicher Riese und zugleich ein politischer Zwerg sein. Vor allem im Hinblick auf die 90er Jahre wird Europa eine politische Rolle spielen müssen, eine Probe dafür wird die Palästina-Frage sein.

